

25. JAHRGANG / ANNEE / VOLUME

4/1968

früher / antérieurement / formerly:
NATION UND STAAT

EUROPA ETHNICA

Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen
Mit offiziellen Mitteilungen der
„Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“

Revue trimestrielle des Questions ethniques
Contenant aussi des Communiqués officiels de
«l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes»

A Quarterly Review for Problems of Nationality
Containing Official News of the
“Federal Union of European Nationalities”



Herausgeber / Editeurs / Editors:

Guy Héraud, Strasbourg, France

Johann Wilhelm Mannhardt, 3550 - Marburg/Lahn und 78 - Freiburg/Br., BRD

Povl Skadegård, Rolighed, Rungsted Kyst, Danmark

Theodor Veiter, 6800 - Feldkirch und Wien, Österreich

Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers

WILHELM BRAUMÜLLER

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.

1092-WIEN

INHALT/SOMMAIRE/CONTENTS

	Seite
Motto (Camille Jullian)	145
Mitterdorfer, Karl: Die Lage in Südtirol heute	146
Zathureczky, Gyula: Les minorités nationales en Europe orientale	148
Jubiläen	157
Die Schirnerfeier in Ernen. — Johann Wilhelm Mannhardt 85 Jahre. — Niels Bøgh Andersen 60 Jahre. — Zwei klassische Priester.	
Vom Leben der Volksgruppen	115
Belgien: Umbau der Staatsstruktur. — Universität Löwen wird geteilt. — Maficahnen in der Diözese Lüttich. — Straßburger Urteil zu den Sprachengesetzen. — Bundesrepublik Deutschland: Dilettierender DOD. — Frankreich: Manifestationen der Francophonie. — Die einheitliche Fassung des „Vaterunsers“. — Kelten der Bretagne regen sich. — Ecrivains bretons. — Griechenland: Le problème turco-grec des minorités. — Großbritannien: Autonomiebestrebungen in Schottland. — Italien: Für die französische Sprache im Aostatal. — Journalistenkongreß in Aosta. — Walser-Tippung in Gressoney. — Österreich: Burgenland-Kroaten wünschen Schulkommission. — Dr. Vespernik ist Dr. Inzko ab. — Schweiz: Deutsch und Weisch im Wallis. — Die Täufer im Berner Jura. — Neues zur jurassischen Frage. — Förderung des Rätomanischen. — Das Rätomanische im Schweizer Rundfunk. — Sowjetunion: The Livian language. — Spanien: Die Gallier in Spanien. — Actions contre les Basques. — Kataloniens Suche nach Eigenständigkeit. — Tschechoslowakei: Gesetzes über Föderalisierung und Nationalitäten. — Die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei. — Ungarn: Es fehlt an Lehrern. — Zypern: Nouveau contact entre les communautés de l'île.	
Materialien	182
Verfassungsgesetz über die Stellung der Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. — Résolution votée à l'occasion de la 5e landesgemeinde walser.	
Literaturberichte	183
Mitteilungen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen	189

*«Une langue qu'on n'enseigne pas, est une langue qu'on tue.
Tuer une langue est un crime.»*

Camille Jullian

Jahresbezugspreis: 6S 180.—, DM 28.—, sfr. 81.—, US\$ 7.50

Eigentümer und Verleger / Propriétaire et éditeur / Proprietors and Publishers:
WILHELM BRAUMÜLLER Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges. m. b. H.,
A-1092 Wien, Servitengasse 5

Anschriften der Herausgeber / Adresses des Éditeurs / Addresses of the Editors:
Guy Héraud, Professeur à la Faculté de Droit, 11, rue de la Brigade A. L., Strasbourg
Johann Wilhelm Mannhardt, o. Univ.-Professor, Deutsche Burs, Rotenberg 21,
3550 - Marburg a. d. L./Habsburgerstr. 27/IV, D-78 Freiburg/Br.
Fovl Skadegård, Ministerialrat, Generalsekretär der FUEV, Rolighed, Rungsted Kyst, Danmark
Hon. Prof. Dr. Theodor Veiter, A-6800 Feldkirch, Schloßgraben 16, Vorarlberg
Verantwortlicher Redakteur / Rédacteur responsable / Managing Editor:
Karl Zrounek, A-1190 Wien, Krapfenwaldgasse 54

Druck: Friedrich Jasper, Wien III

10 Europa Ethnica

Die Lage in Südtirol heute¹

Von Karl Mitterdorfer

Als Grundbestand der Situation in Südtirol ist die mangelnde Anerkennung der andersnationalen Zugehörigkeit der deutschen und ladinischen Volksgruppe durch den italienischen Staat anzusehen, der sich als Nationalstaat versteht, im Sinne der Identifizierung von Staat und Nation. Nach dieser Auffassung gibt es innerhalb von Italien nur Italiener, nur das italienische Volk, die italienische Nation und auch die volklich und sprachlich anderen Gruppen müssen sich dieser zurechnen. Die Begriffe *ethnische* oder *sprachliche* Minderheit wären mit dem Nationalstaat noch vereinbar (die italienische republikanische Verfassung kennt nur den Begriff „sprachliche Minderheit“), nicht aber der Begriff *nationale* Minderheit, da das Selbstverständnis des italienischen Staates als „*stato unazionale*“ die Existenz einer solchen ohne weiteres ausschließt. Die Folge dieser italienischen Auffassung ist ein gegenseitiges Mißtrauen zwischen Staat und Volksgruppe, da sich selbst der dem Staate gegenüber noch so loyale Südtiroler nicht zur italienischen Nation rechnen bzw. bekennen kann. Durch diese seine Einstellung wird er dem Staate verdächtig, er wird zum Staatsbürger zweiter Ordnung und der Staat hält eine Politik für gerechtfertigt, die zur Realisierung der *einen* Nation führt. Dem Südtiroler hingegen wird der Staat verdächtig, er befürchtet weiterhin der Assimilierung ausgeliefert zu sein. Nicht mehr mit den brutalen Methoden wie vor 1945, aber doch auf anderem Wege, etwa mit dem in letzter Zeit häufig gebrauchten Wort der „Integrierung“ in den Staat.

Auf diesem Hintergrund, der meistens nicht bewußt ist, wird das Mißtrauen der Südtiroler gegenüber den Lösungsvorschlägen der italienischen Regierung, aber auch das Mißtrauen der italienischen Regierung gegenüber den Südtirolern verständlich, was in der Langsamkeit seinen Ausdruck findet, mit der sich die Verhandlungen in der Südtirolfrage seit Jahren hinziehen. Mit dem Wort „Lösung“ sollte man im Zusammenhang mit einem Minderheitenproblem allerdings etwas vorsichtig umgehen, geht es ja nicht um die *Beseitigung* der Minderheitenfrage und ihrer Probleme, sondern vielmehr um die *Normalisierung* der Beziehungen zwischen Staat und Minderheit und damit um die *Entschärfung* der Probleme selbst, die aber weiterhin bestehen, solange die Minderheitssituation Bestand hat. Es muß also um ein grundsätzliches Verstehen des Staates für die Minderheit gerungen werden im Sinne der Sicherung der Volksgruppe in ihrer Eigenständigkeit und in dem angestammten Lebensraum. Eine Beseitigung der Minderheitenfrage durch *Grenzverschiebung* oder *Aussiedlung* würde Krieg oder Diktatur bedeuten, die es in Europa nicht mehr geben sollte. Allerdings zeichnet sich nun doch allmählich der Weg einer „echten“ Lösung ab, nämlich der, von dem Graf *Sforza* einmal das kluge Wort von den unfehlbar werdenden, mit Bleistift gezogenen Grenzen gesprochen hat: der europäischen. Darüber wird zum Schluß noch kurz zu sprechen sein.

Was die bilateralen Verhandlungen betrifft, die zwischen Italien und Österreich laufen, liegt das größte Handicap in der Abmachung, daß die jeweiligen Rechtsstandpunkte unpräjudiziert bleiben sollen: nämlich der österreichische, daß die vereinbarten Maßnahmen Durchführung des Pariser Vertrages darstellen; der italienische, daß es

sich um nur inneritalienische Maßnahmen handelt, weil Italien bereits alle aus dem Pariser Vertrag erwachsenen Verpflichtungen erfüllt habe, also freiwillig noch etwas tue.

Seit 1961 wird über die Südtirolfrage verhandelt. Schon die Dauer der Gespräche deutet an, wie schwer es ist, weiterzukommen. Die bilateralen zwischenstaatlichen und die Verhandlungen der Südtiroler mit Rom sind jetzt bis zu einem Punkt gediehen, an dem man annehmen müsse, daß in der gegenwärtigen Situation keine weiteren Zugeständnisse möglich sind. Das hat die Südtiroler Volkspartei im März 1967 zur Kenntnis genommen. Trotzdem war ein Abschluß bisher nicht möglich, weil wegen der divergierenden, vorerwähnten Rechtsstandpunkte gerade die Abschlußphase besonders schwierig ist.

Um was geht es eigentlich bei diesen Verhandlungen? Es geht faktisch um eine echte Autonomie, gemäß Art. 2 des Pariser Vertrages. Also um eine Änderung des bestehenden Statutes von 1948, welches durch die Einbeziehung der rein italienischen Provinz Trient den Sinn des Pariser Vertrages ad absurdum führte. Der Kernpunkt des sogenannten „Paketes“ ist die Übertragung von Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen von der derzeitigen Region Trentino-Südtirol an das autonome Land Südtirol. Über den Inhalt des „Paketes“ wäre vieles zu sagen. Es handelt sich um einen Kompromiß, der manche Wünsche der Südtiroler erfüllt, manche jedoch nur zum Teil, oder gar nicht berücksichtigt. Die derzeitigen Verhandlungen gehen um die sogenannte „Verankerung“, das bedeutet, um die Garantie für die Durchführung des „Paketes“, eine Forderung, die auf Grund der gemachten Erfahrungen durchaus verständlich ist.

Nach den letzten Wahlen kam es zu einem Regierungswechsel: an die Stelle der Mitte-Linksregierung Moro, trat die reine DC-Regierung Leone. Zunächst konnte man die Meinung haben, daß diese, als Übergangsregierung, kaum viel machen würde. Es hat sich aber herausgestellt, daß Ministerpräsident Leone durchaus den Willen hat, auf Regierungsebene einen Fortschritt zu erzielen. Endgültige Schritte auf parlamentarischer Ebene dürften allerdings erst möglich sein, wenn es zu einer breiteren Koalition von Parteien kommt. In der Regierungserklärung kam jedenfalls der Lösungswille zum Ausdruck und Außenminister Medici ließ auch gleich wieder die Kontakte aufnehmen. Wird also die nähere Zukunft zu einem Abschluß auf Regierungsebene und dann im Parlament führen? Nach letzten Zeitungsmeldungen möchte man glauben, daß die Kontakte zwischen Österreich und Italien noch einiges klären konnten und daß eine Ministerbegegnung für den Abschluß der Verhandlungen im Bereich der Möglichkeit liegt. Jedenfalls darf man einen gewissen Optimismus haben, daß früher oder später eine Einigung erzielt werden kann. Die zeitliche Voraussicht eines Termins hiefür ist aber nicht möglich. In dieser Beziehung wäre erfahrungsgemäß ein Optimismus nicht angebracht.

Wir können feststellen, daß auch auf italienischer Seite gewisse Dinge in Bewegung geraten sind. Etwas scheint sich gewandelt zu haben und wir sollten das zur Kenntnis nehmen. Die jüngere Generation ist nicht mehr so vom Nationalismus belastet wie die mittlere und ältere. Was es jedoch brauchen würde, um Mißverständnisse und Befürchtungen aus der Welt zu räumen, wären Zeichen des guten Willens von seiten des Staates der Minderheit gegenüber. Wir haben die italienische Regierung immer wieder aufgefordert, solche Beweise des guten Willens zu geben, nicht nur durch Worte, sondern durch konkrete Taten und Maßnahmen, die geeignet sind, Mißtrauen abzubauen. Das kann der Staat von 50 Millionen gegenüber seiner Minderheit

¹ Referat, gehalten auf dem 18. Kongreß der FUEV in Lienz, 12. bis 15. September 1968.

von weniger als einer Viertelmillion leicht tun, und er würde an Ansehen nach Außen und gegenüber der Volksgruppe gewinnen. Es gibt gewisse Anzeichen, die darauf hindeuten scheinen, daß dies allmählich verstanden wird.

Wenn auch der Erfolg unserer Bemühungen zunächst nur in der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Minderheit bestehen kann, in dem Versuch ein grundsätzliches Verständnis für die Bedürfnisse und Ängste einer Minderheit zu erwecken, so wird doch eine echte Lösung in der weiteren Europäischen Entwicklung allmählich sichtbar. Durch Milderung der Bedeutung der bestehenden Grenzen darf erwartet werden, daß den Südtirolern und anderen Europäischen nationalen Minderheiten eine Entschärfung ihrer Probleme erwachsen wird. So dürfte die künftige Europäische Entwicklung zur Voraussetzung für die Lösung des Südtirolproblems werden.

Les minorités nationales en Europe orientale¹

Par Gyula Zathureczky

A l'opposé de l'Occident, la juridiction communiste reconnaît les minorités nationales comme personnalités juridiques collectives. La constitution de l'URSS confère aux minorités nationales des droits étendus pour le maintien et le développement de leurs particularités nationales et leur offre, en commençant par une autonomie culturelle, une administration territoriale propre, même l'autonomie nationale dans le cadre de l'Union des Républiques socialistes soviétiques. La constitution de l'URSS de 1918 stipule, dans son article 2: «La République soviétique russe est constituée, sur la base d'une fédération de peuples libres, en fédération de républiques soviétiques nationales». Or, le congrès du parti communiste de l'URSS de 1961 a pris une décision qui proclame maintenant tout ouvertement: «... Toutes apparences et survivances de tout nationalisme et chauvinisme, toutes les tendances de limitation nationale et de dissimulation de contrastes sociaux dans l'histoire des peuples, ainsi que des us et coutumes entravant l'organisation communiste, sont à combattre impitoyablement!»

Les leaders communistes imposés aux peuples par les accords de Téhéran, Yalta et Potsdam, qui les reléguèrent dans l'hégémonie de la Russie soviétique, ont adopté par contrainte les différents articles de la constitution soviétique concernant les minorités et leur protection, ainsi que la théorie de la politique des minorités de Lénine et de Staline et, de leur propre gré, également l'interprétation du parti citée plus haut. Qu'il suffise de dire que la dénationalisation des minorités et la russification de la Russie ont fait des progrès incomparablement plus étendus sous la domination communiste que cela n'a jamais été le cas au cours de siècles d'impérialisme ouvert zariste. Les méthodes moyennant lesquelles les leaders communistes de la Russie ont atteint leurs buts, appartiennent sûrement aux chapitres les plus sombres et les plus émouvants de l'histoire de l'humanité.

¹ Rapport fait à l'occasion du XVIII^e congrès de l'UFCE à Lienz.

Il ne faut pas perdre de vue que le problème des minorités en Europe orientale diffère de celui en Occident. Son développement intervint plus tard qu'à l'Occident, où les grands Etats nationaux existaient déjà sous un régime absolutiste lorsque la Révolution française fit entrer le nationalisme du 19^e siècle comme facteur de la politique dans la vie publique du monde. Dans les Etats à peuples multiples de l'Europe orientale, le problème des minorités fut toujours plus intense, plus explosif et plus efficace au point de vue de la politique qu'à l'Occident.

C'est ainsi que la question des minorités nationales en Europe du Sud-Est fut un des facteurs de l'effondrement de la Monarchie austro-hongroise — donc d'un Etat à structure supranationale — sans, cependant, résoudre le problème. D'autres Etats, comprenant une multitude de peuples, prirent la place, sans toutefois pouvoir s'approprier l'idée supranationale de l'empire (je parle expressément de l'idée à elle seule). Ils se déclaraient Etat national homogène, tels que la «Grande Roumanie», ou bien un peuple constituant une minorité numérique se mettait à la tête, comme les Tchèques en Tchécoslovaquie ou les Serbes au royaume des Serbes, Croates et Slovènes, la Yougoslavie fédérative d'aujourd'hui. C'est pour ainsi dire automatiquement que le nationalisme expansif et intolérant du 19^e siècle arriva à ébullition dans ces nouveaux Etats nationaux d'anciennes minorités. Sans avoir tiré des leçons de l'histoire, ces Etats s'acharnaient entre les deux guerres mondiales à l'application de ce nationalisme. Pour pratiquer une politique hostile aux minorités, le système du communisme leur donne des possibilités illimitées. Les efforts de libération de Moscou dans certains pays d'Europe orientale confèrent bien une certaine popularité aux leaders communistes, or, cette politique d'opposition aux Russes coïncide forcément avec l'oppression des minorités nationales dans le propre pays.

Le pouvoir exécutif dans les pays à gouvernement communiste se trouve entièrement aux mains du parti. Ce pouvoir s'étend jusque dans la sphère de la vie privée de l'individu. C'est un pouvoir total. Les minorités nationales lui sont soumises directement. Comme le système du parti unique règne dans les pays à gouvernement communiste et que le peuple d'Etat y dispose de la majorité, les minorités sont livrées d'une manière illimitée à la volonté de cette majorité, même si quelques-uns de leurs ressortissants, choisis par le parti comme représentants, occupent des fonctions jusqu'au comité directeur. Les minorités n'ont que la seule possibilité politique et juridique de soumettre leurs sollicitations au parti. Or, dans un tel cas, l'accusé est en même temps son propre juge. En réalité, les minorités nationales de l'Europe orientale sont non seulement bâillonnées, mais également mises hors la loi. Il est révélateur d'étudier les méthodes de cette politique de plus près.

Si durement qu'un peuple d'Etat, dans une démocratie, puisse traiter ses minorités, il leur reste encore des possibilités et des moyens d'autodéfense et d'entraide, tels qu'ils ne pourront pas être interdits dans un Etat constitutionnel. Elles ont presque partout droit à une représentation à la législative sur la base d'élections libres, elles sont autorisées à fonder des partis nationaux, des associations autochtones, des sociétés, des institutions, à fortifier à volonté leur existence économique et à entretenir leur culture et leurs traditions. Pour leurs combats, elles peuvent compter sur l'appui de leur mère patrie, elles peuvent s'adresser à des autorités internationales et aux tribunaux pour faire valoir leurs droits. Le résultat est une autre question. Or, ces possibilités leur confèrent tout au moins le sentiment de ne pas être livrées sans défense aucune au peuple d'Etat, tel que c'est le cas pour leurs frères d'Europe

orientale. Cependant, lorsque la pression de la majorité s'accroît à l'extrême dans un Etat démocratique, tel que cela a été le cas à certains endroits entre les deux Grandes Guerres, les minorités vivant dans une démocratie jusqu'à maintenant conservaient trois bases fondamentales pour leur conservation: l'Eglise, l'école et le village. L'Eglise comme base morale, comme défense incontestable de la liberté de conscience, comme éducatrice de la jeunesse et comme expression et support de la communauté chrétienne. L'école comme fondement de la culture nationale générale sans laquelle un peuple ne peut que végéter. Enfin, le village comme symbole du peuple avec sa forme d'existence individuelle, sa force économique, ses traditions solides, le grand réservoir de tout renouveau national, même après des époques très dures et lourdes en pertes. Dans les Etats à gouvernement communiste, même ces derniers éléments d'existence des minorités nationales ont été anéantis. Les Eglises succombaient sous la politique hostile du communisme, leur activité a été réduite au culte dans les églises, mais y fut également proscrite. L'éducation chrétienne de la jeunesse est interdite et la participation aux cultes est défendue aux membres du parti. L'école et la vie culturelle toute entière sont nationalisées, ainsi que le village, où la terre a été enlevée aux agriculteurs qui, eux, ne sont plus que salariés de l'Etat dans de grandes entreprises agricoles socialisées dites «kolkhozes».

Il est nécessaire de regarder de plus près ces «réalisations» de la politique communiste à l'égard des minorités. La persécution de l'Eglise est généralisée, elle est partie intégrante de la politique athéiste. Or, la persécution de l'Eglise est un coup très lourd porté contre les minorités. Pour eux, l'Eglise était non seulement la base morale, le rempart de la liberté de conscience, l'éducatrice de la jeunesse et le fondement de la communauté chrétienne. Dans les Eglises des minorités, on cultivait à l'état le plus pur la langue nationale. Elles étaient protectrices et continuatrices des écoles communales, des associations de bienfaisance, des hôpitaux, des internats, d'organisations de formation intellectuelle diverses, etc., des minorités. En plus, les prêtres étaient non uniquement pasteurs d'âmes, mais simultanément des leaders spirituels et politiques de leur peuple. A la tête de la majorité des coopératives rurales se trouvaient les curés de villages. Du haut de la chaire, ils pouvaient dire beaucoup de choses qui autrement ne pouvaient pas être dites. Ces prêtres étaient de bons pasteurs dans le sens le plus véridique. Les princes de l'Eglise pouvaient venir en aide à leur peuple en s'appuyant sur la puissance supranationale de l'Eglise. Tout cela a été enlevé aux minorités en Europe orientale. Dans les pays à gouvernement communiste, l'Eglise vit — contrairement aux apparences extérieures — en réalité dans les catacombes. Or, la croyance est la plus forte dans les catacombes.

La nationalisation de l'école dans les pays de l'Europe orientale signifie qu'elle est soumise sans limite aux intérêts du communisme, d'un côté, et aux nationalismes du peuple majoritaire de l'autre. L'éducation idéologique communiste et la dénationalisation des minorités sont la tâche prépondérante de ces écoles. Abstraction faite des classes les plus basses des écoles élémentaires, toutes les disciplines, en dehors de la langue et, d'une manière réduite, de la littérature de la minorité, sont enseignées dans la langue de l'Etat. Dans les écoles supérieures, il y a des classes dites parallèles pour les enfants des minorités, mais leur fréquentation est défavorable à l'existence future. En ce qui concerne l'enseignement, de la littérature par exemple, des minorités, le plan d'études ne tient compte que des écrivains du passé pouvant être présentés comme des «avant-gardistes du communisme». Le matérialisme dialectique

avec sa théorie de la lutte des classes met à disposition des possibilités illimitées pour diffamer l'histoire nationale d'une minorité et pour glorifier celle du peuple d'Etat. Or, cette méthode de dénationalisation dans les écoles porte aussi peu de fruits que l'éducation idéologique de la jeunesse. Discriminée sans cesse dans tous les domaines de la vie, la jeunesse des minorités ne peut pas oublier quelle est sa place. Or, dans une mesure toujours plus grande, il lui manque les connaissances effectives pour la défense contre ces attaques. C'est ici également qu'est certainement valable la maxime: «Calumniare audacter, aliquid semper haeret.»

Comme la totalité de la jeunesse dans les pays d'Europe orientale ne s'intéresse nullement à la politique partisane par suite de la propagande excessive — et parce qu'elle s'est aperçue des erreurs et de la fausseté — il serait à craindre que la jeunesse des minorités ne se résigne même dans le domaine de la vie nationale parce qu'elle sait qu'elle est abandonnée et ne peut rien entreprendre d'efficace pour son peuple. Cependant, la manière dont la jeunesse des pays d'Europe orientale et même celle de l'URSS cherche de nouvelles voies avec toujours plus de force, il est absolument probable que cette jeunesse des minorités arrivera à un nationalisme actif et nouveau sous la pression de la dénationalisation. Or, les pertes subies ne pourront, même dans ce cas, être réparées qu'au cours de générations.

Les Etats d'Europe orientale étaient jusqu'en 1945 généralement des pays agricoles, ayant une large base de population rurale constituant la majorité du peuple. Les mesures communistes précitées, concernant la nationalisation de l'agriculture, ont anéanti totalement cette couche de la société. Il n'y a plus d'agriculteurs indépendants et vu la minorité nationale, le grand réservoir de la conservation nationale a été ainsi désintégré. La vieille génération des agriculteurs maintient encore les anciens us et coutumes de son mieux, mais la jeunesse s'enfuit vers l'industrie ou devient un prolétariat rural de l'Etat pour lequel les traditions paysannes séculaires ont perdu toute signification. Ce sont bien les buts du communisme.

Il n'est pas possible de fixer un nombre, même approximatif, de minorités nationales vivant en Europe orientale. Les changements respectifs après la seconde Guerre mondiale étaient trop étendus. Des millions d'hommes ont été déportés, expulsés ou liquidés, des peuples d'Etat devinrent des minorités et vice versa. Selon une statistique du début des années de 1930, 87,109.979 personnes vivaient en dehors d'Etats nationaux propres. La Russie européenne est comprise dans ce chiffre; il y en avait 41,327.000. En dehors des frontières soviétiques de cette époque, 45,782.979 personnes appartenaient à des minorités différentes. Plus de la moitié de ces gens vivaient en Europe orientale d'aujourd'hui.

Les statistiques des pays d'Europe orientale, à gouvernements communistes, ne donnent pas d'indications authentiques sur ces minorités nationales. Or, il doit s'agir de plus d'une trentaine de millions d'hommes. Il s'agit donc d'une masse humaine subissant le même sort et parlant, bien qu'en idiomes différents, tous la même langue, tel que c'est le cas des minorités en Occident. On ne peut ni omettre ni nier leur existence et ceci d'autant moins que leur chiffre, en y ajoutant celui de leurs camarades occidentaux, atteint le quart de la population totale de l'Europe. Il y a environ cinquante millions d'hommes ayant les mêmes problèmes, le même caractère et les mêmes désirs. Or, la solution des problèmes semblant typiques pour les minorités des pays d'Europe orientale avec leur double esclavage suit, à bien des égards, la voie des peuples d'Etat dominateurs. Maintenant, je vais tâcher de démontrer des

voies parallèles créées sous la pression double du communisme et du nationalisme intolérant.

Tout est en mouvement et tout est interdépendant. Les mouvements et les relations doivent être observés du point de vue de l'histoire, afin de pouvoir les reconnaître. Le plus grand mal de nos jours est, à mon avis, que nous vivons toujours selon le raisonnement du 19^e siècle au milieu d'une société de masses qui prolifère d'une manière explosive. Notre époque nucléaire est dominée par la technique, mais nous, nous utilisons toujours les anciennes notions, les vieilles normes et nous cramponnons à des formes désuètes. L'insurrection contre ce monde passé, mais toujours en vigueur, est identique à l'Orient et à l'Occident: les hommes exigent du nouveau! Ils ne sont contents ni de la dictature ni de la forme actuelle de la démocratie. Les émeutes des étudiants, en Europe occidentale, les révoltes des écrivains et des intellectuels russes, n'étaient que l'expression de la volonté du renouveau, sans que personne soit capable de concrétiser ce que l'on veut et exige.

L'égalité des revendications des peuples d'Etat et des minorités en Europe orientale est surtout le fait qu'ils refusent le communisme ou le critiquent. Cette attitude critique forçait et force les dirigeants communistes de ces Etats à suivre la voie d'une politique de réforme. Il est évident que cette nouvelle tendance de la politique des démocraties dites populaires est motivée par des facteurs très différents, tels que l'économie nationale, du fait de l'échec de la politique économique communiste. Or, l'inauguration d'une nouvelle politique économique est en contradiction non seulement avec les dogmes, mais également avec les intérêts vitaux de la conception orthodoxe qui met toutes les forces économiques, sans aucune considération de la rentabilité, aux services de l'industrie lourde, c'est à dire de l'industrie de guerre, indispensable pour la victoire du communisme mondial. C'est pour cette raison que tous les pays d'Europe orientale sont rattachés pour environ 70% de leur commerce extérieur à l'Union soviétique. Cependant, une politique économique réelle, qu'on l'appelle «mécanisme nouveau» ou autrement, exige des connaissances spéciales, de la responsabilité et la liberté d'action. Tous les droits comportent un danger mortel pour le communisme, car ils ouvrent les voies vers la liberté au même titre que les autres réformes qui tâchent d'en finir avec la terreur impitoyable et sanglante de l'ère stalinienne. Les autres réformes ou, plus précisément, les concessions introduites par les détenteurs du pouvoir dans les pays d'Europe orientale, et qui en Occident ont été qualifiées, par erreur, de «libéralisation» ou même de «démocratisation», ne sont en réalité rien d'autre que des mesures préventives contre une explosion qui devrait se produire sans aucun doute sous l'oppression terroriste comme cela a été le cas il y a une dizaine d'années à Berlin, Posen (Poznan) et Budapest. C'est pour cette raison que les comités directeurs communistes revinrent aux thèses de Lénine avant 1918, à la suite du XX^e congrès du parti communiste en URSS.

L'avenir montrera si des réformes réelles pourront être réalisées effectivement dans ces pays. Toutefois, les tendances vers l'indépendance sont palpables dans le domaine national. Abstraction faite du cas particulier de la Yougoslavie, il suffit de penser aux efforts de la politique extérieure de la Roumanie, qualifiés de «voie individuelle», ou à la politique de réforme de Prague, qui a été étranglée par Moscou, et où les Slovaques expriment de nouveau ouvertement leurs revendications, telles que l'autonomie territoriale, l'égalité avec les Tchèques et la réorganisation de l'Etat tchécoslovaque en Etat fédératif.

En suivant attentivement les événements à l'est et au sud-est de l'Europe, on peut constater qu'à côté des tendances nationales, une forte tendance pour l'instauration du régionalisme et du fédéralisme est à observer. La Yougoslavie est déjà un Etat fédéral, si farouche que soit la lutte des Croates et des Slovènes contre la domination des Serbes. Il semble en être de même en Tchécoslovaquie. Seuls les peuples dits d'Etat peuvent lutter aujourd'hui pour la particularité, l'autonomie territoriale, le régionalisme et le fédéralisme en Europe orientale (y compris une confédération danubienne ou une confédération balkanique). Or, ces aspirations se heurtent aujourd'hui encore comme autrefois au refus de l'Union soviétique. Cependant, ces aspirations seraient non seulement d'importance pour les peuples intéressés, mais correspondent aux lois naturelles de cet espace. La question reste ouverte pour combien de temps encore ils pourront être opprimés par une puissance étrangère.

Les minorités nationales sont réduites au silence et les déclarations des leaders communistes au sujet de ces questions ne sont que des phrases sans fondement. C'est ainsi que le politicien de réforme Ceaucescu, chef du PC et président de la République socialiste de Roumanie, a fait dissoudre le seul territoire autonome d'une minorité d'Europe orientale, fondé sur la pression soviétique, le «Territoire autonome hongrois de Maros» dans le cadre d'une loi de réforme de l'administration territoriale, au début de cette année. Son existence était en contradiction formelle avec l'idée de «l'Etat national homogène de Roumanie». Ceaucescu motivait sa loi de réforme par la nécessité effective d'une simplification de l'administration.

Il y eut toujours des excès et des contrecoups dans l'histoire. L'essentiel est, cependant, qu'il faut toujours inclure les minorités nationales de l'Europe orientale dans ces aspirations à l'autonomie, au régionalisme et au fédéralisme, même si elles ne peuvent participer que pour peu. Or, les principes sont plus importants et plus durables que n'importe quel «statu quo», même solennellement déclaré «éternel». Il ne faut pas oublier que la réalisation de ces principes signifierait la solution de la question des minorités nationales dans toute l'Europe.

Personne ne peut dire comment et quand le système communiste changera intérieurement. Une seule chose semble être claire: il y a maintenant deux voies pour le communisme en Europe orientale. Ou les dirigeants communistes suivent plus loin la voie de la réforme, au bout de laquelle il y aura un ordre qui ne sera plus le communisme orthodoxe, ou, alors, ils retournent à la terreur illimitée au service du communisme et qui implique le danger d'une explosion étonnante.

Quoi qu'il en soit, à l'Est aussi bien qu'à l'Ouest, dans la dictature et dans la démocratie, les minorités nationales surtout doivent combattre les fragments de l'idéologie du 19^e siècle, le principe de la majorité numérique. Il est immoral d'appliquer le principe de la majorité numérique à un groupe humain qui, pour des raisons substantielles, ne pourra jamais devenir une majorité et se trouve ainsi en contradiction avec les règles de la démocratie. Pour la solution de cette question sur le plan national, il y a des exemples en Suisse, dans le nord de l'Europe ou dans la constitution de la principauté de Transylvanie du 16^e et du 17^e siècle. Bien que différentes au point de vue du nombre, les trois nations Magyars, Székelyens, Saxons qui formaient l'Etat de Transylvanie d'alors, disposaient à la législative d'une voix chacune. C'est ainsi que la domination d'une nation supérieure en nombre était exclue.

Malgré des aléas historiques, l'Europe est et restera une unité organique. Si profondément différentes que puissent en être aujourd'hui les parties orientale et occidentale, les relations restent vivantes. Les intérêts parallèles n'existent pas uniquement à l'Est, mais également à l'Ouest. Les aspirations légitimes en Europe sont les mêmes des deux côtés du rideau de fer. Ça et là on veut du nouveau. Ça et là on est mécontent de la situation. Nous vivons tous dans un monde suranné et ce sont les minorités nationales qui ressentent le plus cet état de choses.

Le secrétaire général Povel Skadegard, disait, il y a quelques années, dans un discours, qu'il ne fallait pas unir les Etats de l'Europe, mais bien les peuples. Il disait, en d'autres mots, ce que l'on s'efforce aujourd'hui de réaliser en Europe orientale. Or, à mon avis, on devrait dire et demander davantage. Surtout au nom de cinquante millions d'Européens dont la vie est insupportable à maints égards.

Qu'il s'agisse de soviets, de parlements démocratiques ou d'administrations communales, l'abolition du principe de majorité et du dirigisme centraliste, la reconnaissance de «l'unité vivante» comme personnalité juridique, formée par les petits et les grands peuples d'Europe sur la base de l'égalité des droits, la favorisation de l'idée du pluralisme et son application aux minorités, la transformation du nationalisme expansif, intolérant et impérialiste du 19e siècle en une conscience nationale introvertie, sont non seulement une nécessité générale pour l'Europe tout entière, mais la question vitale par excellence pour les minorités nationales. Le travail et la lutte pour la réalisation de ces idées est la tâche la plus noble pour les membres des minorités nationales du monde libre, également à la place de leur frères et camarades à l'Est qui, eux, sont condamnés au silence, endurent l'esclavage et supportent des peines incommensurables.

Que peut faire l'Union fédéraliste des communautés ethniques européennes pour les minorités orientales?

1. Qu'elle s'efforce, par les moyens à sa disposition, d'éclaircir la situation des minorités en Europe orientale et de maintenir à l'ordre du jour les problèmes respectifs.

2. L'UFCE devrait faire tout son possible pour que, dans le grand public, on parle de plus en plus de ces millions d'êtres humains.

3. Que l'UFCE intervienne, comme déjà dans le passé, auprès des organisations compétentes du monde libre pour des cas déterminés et également auprès des gouvernements des pays d'Europe orientale.

Une telle activité de la part de l'UFCE apportera certainement peu de résultats concrets. Or, les millions d'hommes de l'Est européen y pourront puiser non seulement de la consolation et trouver l'assurance qu'ils ne sont pas oubliés par le monde libre et plus heureux, que l'on n'a pas encore fait la croix sur eux, mais ils y trouveront également du réconfort dans leur lutte silencieuse.

Gyula Zathureczky, D-8 München, Lamontstraße 12

Zusammenfassung

Im Gegensatz zum Westen erkennt die kommunistische Gerichtsbarkeit die nationalen Minderheiten als eine kollektive juristische Person an. Während die Verfassung der UdSSR den nationalen Minderheiten weitgehend die Rechte der Erhaltung

der nationalen Eigenheiten und deren Entwicklung gewährt, wurde bei einem Kongreß der kommunistischen Partei der UdSSR von 1961 ein Beschluß gefaßt, der offen verkündet, daß alle Erscheinungen und Reste von Nationalismus und Chauvinismus und die den Kommunismus störenden Sitten und Gebräuche uneingeschränkt zu bekämpfen sind.

Die kommunistischen Führer griffen teils auf die sowjetische Verfassung, teils auf die Minderheitentheorien Lenins und Stalins und die oben erwähnte Interpretation der Partei zurück. Die Entnationalisierung der Minderheiten machte unter dem kommunistischen Regime — wenn auch mit unfairsten Mitteln erzielt — weit größere Fortschritte als in den Jahrhunderten des zaristischen Imperialismus.

Die Entwicklung des Minderheitenproblems trat im Osten später ein und war dort immer intensiver, explosiver und in politischer Hinsicht wirksamer als im Westen.

Das Minderheitenproblem war auch einer der Gründe gewesen, die zum Sturz der österr.-ungarischen Monarchie führten, ohne daß dadurch das Problem gelöst worden wäre. Die an deren Stelle getretenen Vielvölkerstaaten, welche sich als einheitliche Nationalstaaten erklärten, wie z. B. Rumänien, die Tschechoslowakei oder die Serben in Jugoslawien, haben, ohne aus der Geschichte gelernt zu haben, auf dem Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen beharrt, teilweise auch noch heute. Das kommunistische System bietet ihnen uneingeschränkte Möglichkeiten eine minderheitenfeindliche Politik zu betreiben. Die Befreiungsversuche einiger osteuropäischer Länder von Moskau verleihen bestimmten kommunistischen Führern zwar eine gewisse Popularität, diese Oppositionspolitik gegen die Russen beschränkt aber sehr stark die Möglichkeiten der nationalen Minderheiten im eigenen Land. In den kommunistisch regierten Ländern sind die nationalen Minderheiten bis in die Privatsphäre direkt der Mehrheit als Totalmacht unterworfen und nicht nur mundtot, sondern auch außerhalb des Gesetzes stehend.

In einer Demokratie bleiben den Minderheiten immer noch Mittel zur Selbstverteidigung und zum Selbstschutz sowie die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung ihrer Kultur und Tradition, die ihnen in einem konstitutionellen Staat nicht verboten werden können. In Streitfällen können sie auf die Unterstützung ihres Mutterlandes rechnen und sie können sich auch an die internationalen Behörden und Gerichte wenden. Obwohl der Erfolg zweifelhaft ist, haben sie doch das Gefühl, dem Staatsvolk nicht uneingeschränkt ausgeliefert zu sein, wie z. B. ihre Brüder im Osten. Auch haben die nationalen Minderheiten in einer heutigen Demokratie drei Grundlagen zu ihrer Erhaltung: die Kirche, die Schule und das Dorf. Dies alles ist in den kommunistisch regierten Ländern nicht der Fall. Die Kirche wird durch die feindliche Haltung der Kommunisten unterdrückt, die Schule ist ganz nationalisiert, wie auch das Dorf, dessen Erde den Bauern weggenommen wurde und welche nun nur mehr Gehaltsempfänger in den großen landwirtschaftlichen Staatsbetrieben sind.

Das hervorstechendste Merkmal der Schulen in den osteuropäischen Staaten ist die ideologische kommunistische Erziehung und die Entnationalisierung der Minderheiten. Aber diese Methode der Entnationalisierung trägt ebensowenig Früchte wie die kommunistisch-ideologische Erziehung der Jugend. Die Jugend in den osteuropäischen Ländern — sogar in der UdSSR selbst — sucht immer mehr nach neuen Wegen und es ist durchaus wahrscheinlich, daß auch die Minderheitenjugend unter dem Druck der Entnationalisierung zu einem aktiven und neuen Nationalismus gelangt.

Obwohl die Statistik der osteuropäischen Länder keinen genauen Aufschluß über die Anzahl der nationalen Minderheiten gibt, beläuft sich diese höchstwahrscheinlich auf mehr als 30 Millionen Menschen. Zusammen mit ihren westlichen Kameraden ergibt das ein Viertel der Gesamtbevölkerung Europas.

Die Lösung des Problems der osteuropäischen Minderheiten läuft eigentlich parallel mit der Lösung der Probleme der sie beherrschenden Mehrheiten. Die Gleichheit der Forderungen der Staatsbürger und der Minderheiten in Osteuropa ergibt sich aus der Ablehnung bzw. Kritik des Kommunismus. Diese Kritik zwingt die kommunistischen Führer jener Staaten, einen Weg zur Reformpolitik einzuschlagen, deren Ziel u. a. die Einführung einer Wirtschaftspolitik ist, welche nicht nur im Gegensatz zu den Grundsätzen des Kommunismus, sondern auch gegen die Interessen der orthodoxen Konzeption steht. Andere Reformen — oder präziser — Konzessionen, die von den Machthabern in den osteuropäischen Ländern gemacht wurden und welche vom Westen irrtümlicherweise als Liberalisierung und Demokratisierung bezeichnet wurden, sind in Wirklichkeit nichts anderes als vorbeugende Maßnahmen gegen einen Aufstand, der ohne Zweifel unter dem terroristischen Druck entstehen müßte, wie dies in Berlin, Posen und Budapest vor mehr als 10 Jahren der Fall war.

Ob diese Reformen durchführbar sind, ist fraglich. Abgesehen von dem besonderen Fall Jugoslawiens und den außenpolitischen Bemühungen Rumäniens ist auf die Abwägung der Reformpolitik durch Moskau in Prag zu verweisen.

Im Osten und Südosten Europas ist auch neben den nationalen Tendenzen eine sehr starke Tendenz zur Einführung des Regionalismus und Föderalismus zu beobachten. Jugoslawien ist bereits ein föderalistischer Staat, wenn auch der Kampf gegen die Herrschaft der Serben von kroatischer und slowenischer Seite aus erbittert ist. Das gleiche ist auch in der Tschechoslowakei der Fall. Aber alle Bestrebungen bezüglich des Föderalismus in Ost-Europa stoßen auf die Ablehnung der Sowjet-Union. Diese Bemühungen sind aber nicht nur für die betroffenen Völker wichtig, sondern korrespondieren auch mit den Naturgesetzen in diesen Gebieten. Wie lange diese Bestrebungen noch von fremden Mächten unterdrückt werden können, ist ebenfalls fraglich.

Es ist wichtig, die nationalen Minderheiten in Osteuropa immer in die Bestrebungen bezüglich einer Autonomie und des Regionalismus und Föderalismus einzubeziehen, selbst wenn sie sich nur wenig daran beteiligen können. Man darf nicht vergessen, daß die Realisierung dieser Prinzipien eine Lösung der Minderheitsprobleme in ganz Europa bedeuten würde.

Man weiß nicht, inwieweit sich das kommunistische System innerlich verändern wird. Es gibt jetzt zwei Wege für den Kommunismus Osteuropas. Entweder die kommunistischen Führer gehen den Weg der Reform, deren Endziel aber nicht mehr der orthodoxe Kommunismus ist, oder sie kehren zum Terrorismus zurück, was die Gefahr des Aufstandes beinhaltet.

Sowohl im Osten wie auch im Westen müssen die nationalen Minderheiten vor allem die Überbleibsel der Ideologie des 19. Jahrhunderts — das Prinzip der Zahlenmehrheit — bekämpfen. Beispiele zur Lösung dieses Problems geben die Schweiz und die Konstitution des Fürstentums Transylvanien des 16. und 17. Jahrhunderts.

Man braucht nicht die Staaten Europas vereinigen, sondern die Völker. Dies ist das Ziel, das man bemüht ist heute in Osteuropa zu realisieren. Die Abschaffung des Mehrheitsprinzips, die Anerkennung einer „lebenden Einheit“ als juristische Person, geformt von den großen und kleinen Völkern Europas auf der Basis der Gleich-

heitsrechte, sowie ein Nationalbewußtsein, sind nicht nur eine Notwendigkeit für Europa, sondern eine Lebensfrage für die nationalen Minderheiten.

Die FUEV wird mit den ihr gegebenen Mitteln die Situation der Minderheiten in Osteuropa aufklären, alles tun, daß die Existenz dieser Minderheiten in der Welt bekannt wird und — wie schon vorher — bei den verschiedenen zuständigen Organisationen in der Welt sowie bei den Regierungen der osteuropäischen Länder inter-venieren.

Jubiläen

Die Schinerfeier in Ernen

So steht nun Kardinal Matthäus Schiner (1465/69—1522) auf dem weiten Dorfplatz, in Erz gegossen: Kräftig schreitet er voran, die rechte Hand am Brustkreuz; die Augen, vom Kardinalshut beschattet, schauen nach fernen Zielen. Hat er sie erreicht? Alle nicht. Aber sein geliebtes Wallis bewahrte er, seit 1499 Bischof von Sitten, vor französischer Unterdrückung, und der Eidgenossenschaft erhielt er das Tessin. Er verhalf dem deutschen Kaiser seiner Wahl zu Krone und Reich, der Christenheit zu einem guten Papst. Dann starb er zu Rom im priesterlichen Dienst an Pestkranken.

Diesen bedeutendsten Walliser und großen Schweizer zum 500. Geburtsjahr würdig zu ehren, hatte der Rottenbund 1965 seine Stimme erhoben; zusammen mit dem Geschichtsforschenden Verein und weiteren Persönlichkeiten ging es ans Werk. Gedenktafel aus Silber und Gold fanden lebhaftes Nachfragen. Ein Buch über „Kardinal Matthäus Schiner und seine Zeit“ mit neuen Forschungsergebnissen wurde herausgebracht.

Am 29. September 1968 war es dann so weit. Der Tag begann mit dem Gottesdienst in der prächtigen Pfarrkirche von Ernen. Bischof Adam würdigte den großen Vorgänger in Sitten; seine deutsche Ansprache war nach Form und Inhalt gleich hervorragend. Anschließend auf dem Dorfplatz strömte das Wallis in seiner Vielfalt zusammen. Die Trommler und Pfeifer aus Eggerberg und die kräftigen Gestalten der Altgardisten in ihrer malerischen Uniform ließen die Zeit des streitbaren Kardinals aufleben. Der Oberwalliser Volksliederchor umrahmte die Feier mit heimatlichen Liedern. Nach der Enthüllung des Denkmals — geschaffen von Bildhauer Hans Loretan — ergriff Bundesrat Bonvin das Wort. In vorzüglichem Deutsch sprach er zur Festgemeinde und stellte den Kirchenfürsten und Staatsmann hinein in unsere unruhvolle Zeit.

Am Wege zum benachbarten Mühlebach, dem Geburtsort Schiners, war das große Zelt aufgeschlagen, in dem sich Gäste und Volk zu Mahl und Trunk vereinten. Allmählich übertönten Gläserklang und munteres Gespräch die Reden der Würdenträger, obwohl manches trübe Wort fiel; so auch von jenem welschen Nationalrat, der in elegantem Deutsch die Herzen der Hörer gewann. Viel Beifall fand zum Schluß das Theater einer Jugendgruppe von Marco Volken; intelligent geschrieben und herzlich gespielt, ließ es noch einmal den Kardinal und seine Gegner erstehen.

A. Salzmann

Johann Wilhelm Mannhardt 85 Jahre

Der Mitherausgeber von „Europa Ethnica“ und Gründer der Deutschen Burse zu Marburg, der emeritierte Professor der Philipps-Universität zu Marburg an der Lahn, Dr. Johann Wilhelm Mannhardt, hat am 17. September 1968 sein 85. Lebensjahr vollendet. Wenn wir als Gratulanten unsere Glückwünsche aussprechen, so ist dies nicht ein Rückblick auf ein erstaunlich reiches Leben, sondern ein aufrichtiger Gruß an einen von unverminderter Lebenskraft und aktivster Arbeitskraft erfüllten

Mann. In Hamburg 1883 geboren, hat Mannhardt bereits vor dem ersten Weltkrieg in Studien in Europa und anderen Weltteilen seiner Heimatverbundenheit universale Erfahrungen in Aufgeschlossenheit gewonnen. Heimgekehrt aus dem Weltkrieg, hat er, unterstützt von dem damaligen Kultusminister *Becker*, das Institut für Grenz- und Auslandsstudien, später für Volkswissenschaft, an der Universität Marburg übernommen und die Deutsche Bourse zu Marburg gegründet und so an der volks- und staatspolitischen Erziehung gearbeitet, deren Bedeutung und Wichtigkeit er in den angelsächsischen Ländern erfahren und erkannt hatte. Neben dem Fachwissen den Akademiker als geistigen auch zum reifen und wachen politischen Menschen zu erziehen und zu bilden, war seine Zielsetzung. So wurde die Marburger Deutsche Bourse eine Lehrstätte für Studenten verschiedenster Staatsbürgerschaft und deutscher Volkszugehörigkeit, die frei von Nationalismus in rechtem staats- und volksbürgerlichen Denken für das eigene Volkstum und das Verstehen und Zusammenleben der Völker und das Interesse ihrer Staaten arbeiten. Nach 1933 wurde *Mannhardt* von der Universität Marburg entfernt, und der Nationalsozialismus entfremdete die Deutsche Bourse ihrer Aufgabe. Nach der Kriegsdienstleistung im zweiten Weltkrieg konnte Univ.-Prof. Dr. Johann Wilhelm *Mannhardt* unter großen Anstrengungen die Deutsche Bourse und das Institut für Volkswissenschaft wieder aufrichten und leiten, bis 1968 der Bourse abermals die Unterstützung entzogen wurde und sie zum zweitenmal zeitweilig schließen mußte. Die ehemaligen Schüler sind bemüht, für die Deutsche Bourse und das Institut die Voraussetzungen zur Fortführung herbeizuführen. Im Dienste für das Lebensrecht der kleinen Völker und der Volksgruppen und um die Menschenrechte wirkt *Mannhardt* auch bei der Herausgabe unserer Zeitschrift mit, deren Name „Europa Ethnica“ die hohe menschliche Zielsetzung ausdrückt, in deren Zeichen *Mannhardts* Lebensarbeit steht.

Niels Bøgh Andersen 60 Jahre

Am 21. Juli 1968 vollendete der Vorsteher der dänischen Volkshochschule in Jarplund im Kreis Flensburg und Vorsitzende des Aufsichtsrates des Verlages „Flensborg Avis“, Mitglied des Flensburger Kreistages und Gemeindevertreter von Jarplund, Niels Bøgh Andersen, sein 60. Lebensjahr. Geboren 1908 in der Gemeinde Mögeltonder, besuchte er das Lehrerseminar in Tondern. Seit fast 40 Jahren ist er als Lehrer tätig. Er war 1931 bis 1935 Schulleiter der dänischen Schule in Harrislee, wurde 1940 zur deutschen Wehrmacht eingezogen, wurde 1949 Rektor an der Schule Friedrichshöhe und ist seit 1954 Volkshochschulvorsteher in Jarplund. Bereits vor dem zweiten Weltkrieg gehörte er der zentralen Leitung der dänischen Minderheit in Südschleswig an, war 1949 bis 1957 Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening und nochmals 1964/65. Als wortgewaltiger Redner und glänzender Organisator, als Erzieher und Lehrer hat er für seine dänische Volksgruppe in Südschleswig eine entscheidende Rolle gespielt. „Der Nordschleswiger“ bezeichnete ihn „als Grahshüter des Dänentums südlich der Grenze“.

Zwei elsässische Priester

Der im ganzen deutschen Sprachraum bekannte geistliche Schriftsteller Prälat Karl *Pfleger* hat für die gebildeten Christen wie für das einfache Volk als Schriftsteller und Prediger ungemein viel geleistet. Als Sohn eines Lehrers am 6. Oktober 1883 in Dachstein im Elsaß geboren, wurde er nach Studien an der Universität Straßburg 1908 zum Priester geweiht. Nach zehn Vikarsjahren an der Straßburger Magdalenenkirche war er 1919 bis 1937 Pfarrer in Bilwisheim und dann bis 1952 in Behlenheim, wo er seitdem im Ruhestand als eifriger Schriftsteller lebt. Eben erschien zu seinem 85. Geburtstag seine Autobiographie „Glaubensrechenschaft eines alten Mannes“.

Im unterelsässischen Schönau wurde am 30. August 1898 Chanoine Joseph *Zemb* geboren, der als Aumonier am Hospital und Sanatorium in Colmar wirkt. Der junge Seminarist wurde 1914 zum Kriegsdienst in die deutsche Armee eingezogen, studierte dann an der Straßburger Universität und wurde 1923 zum Priester geweiht. Nach-

dem er Vikar in Schiltigheim war, wurde er 1926 Pfarrer in Lichtenberg. Sein Interesse für die Lebensfragen des Elsaß führte ihn zur Christlichen Volkspartei, und Vertrauen und Freundschaft verband ihn mit Abbé Dr. *Haegy*. Mit anderen gab er nach dessen Tod das wichtige vierbändige Werk „Das Elsaß von 1870 bis 1932“ heraus, weiter schrieb er eine Studie über den Isenheim Altar und 1960 „Zeuge seiner Zeit — Chanoine Eugène Müller 1861—1948“, und damit schrieb er eine elsässische Geschichte dieser Jahre. Seit 1937 wirkt er am Colmarer Krankenhaus, verehrt von zahlreichen Freunden. Ihm ist auch das Erscheinen des mehrbändigen Werkes „Das Volkslied im Elsaß“ von Joseph *Lefftz* im Alsatia-Verlag in Colmar zu verdanken.

Vom Leben der Volksgruppen

BELGIEN

Umbau der Staatsstruktur

Die belgische Regierung hat im Oktober 1968 nach längerer Beratung der Sonderkommission für Verfassungsrevision ihre Vorschläge für die nach ihrer Auffassung notwendigen gesetzlichen Maßnahmen hinsichtlich der kulturellen Selbständigkeit der belgischen Sprachgemeinschaften und des Schutzes der sprachlichen Minderheiten vorgelegt. Vorgesehen ist die Aufteilung des Königreiches in vier Sprachregionen: eine französische, eine flämische, eine deutsche und für die Region Brüssel eine zweisprachige. Letztere ist durch die Sprachgesetze von 1963 bereits verwirklicht und soll nun in der Verfassung verankert werden. Der Senat soll zweigeteilt werden in einen Rat der flämischen Senatoren und einen Rat der französischsprachigen Senatoren; die Behandlung aller kulturellen und sprachlichen Angelegenheiten der Sprachgemeinschaften soll diesen Räten anvertraut werden. Ebenso soll in der Kammer eine französische und eine flämische Gruppe gebildet werden, wobei alle die kulturellen und sprachlichen Probleme betreffenden Gesetze der Mehrheit in ihrer Gruppe bedürfen. Die deutschsprechenden Abgeordneten können sich der einen oder anderen Gruppe anschließen. Die Namensgebung für die beiden Räte im Senat ist noch offen.

Universität Löwen wird geteilt

Die belgische Bischofskonferenz von Mecheln hat sich im Juli 1968 mit der Abgrenzung der Sprachgebiete durch die Verfassung des Staates abgefunden. Demgemäß ist eine stufenweise Übersiedlung der französischsprachigen Fakultäten aus Löwen/Leuven/Louvain in das französische Sprachgebiet vorgesehen. Die Medizinische Fakultät und die Kliniken werden in den 15 km von Löwen entfernten Brüsseler Vorort Woluwé-Saint-Lambert verlegt, andere Fakultäten werden nach Ottignies in Wallonisch-Brabant verlegt.

Maßnahmen in der Diözese Lüttich

Der Bischof von Lüttich/Liège, Msgr. Van *Zuylen*, hat acht deutschsprachige Pfarreien vom Dekanat Malmédy dem neuen rein deutschen Dekanat Büllingen unterstellt, das nun als zweites deutsches Dekanat neben jenem von Eupen besteht. Das Dekanat Malmédy zählt jetzt nur wallonische Pfarreien. Für die deutschen Katholiken seiner Diözese hat der Bischof von Lüttich schon vor einiger Zeit einen besonderen Beauftragten ernannt. Die Einführung der Volkssprache im Gottesdienst hat nach kirchlicher Auffassung der Existenz zweisprachiger Dekanate eine Grenze gesetzt. Wahrscheinlich wird für das deutschsprachige Gebiet Belgiens, das bisher zum wallonischen Bezirk Verviers gehört, wird eine abgegrenzte verwaltungsmäßige Selbständigkeit geschaffen werden.

Straßburger Urteil zu den Sprachengesetzen

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verkündete am 23. Juli 1968 das Urteil zu den sechs Beschwerden, die von 324 Bürgern französischer Sprache in flämischen Städten und der Randgebiete von Brüssel gegen Folgen der Einführung des territorialen Prinzips in der belgischen Sprachengesetzgebung von 1963 eingebracht wurden. Der belgische Sprachenfall kam am 25. Juni 1965 durch die Europäische Menschenrechtskommission vor den Gerichtshof, der mit einem Urteil vom 9. Februar 1967 prozeßhindernde Einrede der belgischen Regierung zurückwies und sich als zuständig erklärte. Die Beschwerden und Klagen stützten sich auf den Artikel 8 und 14 der Menschenrechtskonvention. Der Gerichtshof lehnte fünf eingebrachte Beschwerden als nicht begründet ab, die von den Eltern französischsprachiger Kinder der flämischen Städte Antwerpen, Gent, Löwen und Vilvorde eingebracht worden waren, und bekannte sich zur belgischen Regierungstheorie der Bildung geschlossener Sprachgebiete durch die neuen belgischen Sprachgesetze. Einer sechsten Beschwerde, eingebracht von Einwohnern von sechs Brüsseler Randgemeinden, wurde stattgegeben, die dagegen geführt wurde, daß wohl die flämischen Schulen dieser Gemeinden von Kindern aus ganz Belgien besucht werden könnten, die französischen Schulen aber nur von Kindern aus diesen Gemeinden. Dies wurde als ungleiche und diskriminierende Behandlung erklärt, und der belgische Staat muß in diesem Punkt seine Gesetzgebung ändern.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dilettierender DOD

Zwischen den europäischen Volksgruppen und den deutschen Heimatvertriebenen besteht eine natürliche Interessengemeinschaft. Den europäischen Volksgruppen kann nicht gleichgültig sein, ob es als völkerrechtlich zulässig anerkannt wird, Minderheitenprobleme zukünftig durch das Mittel der Zwangsauswanderung zu lösen.

Es ist daher nur natürlich, daß der DOD (Deutsche Ostdienst) des Informationsorgans des „Bundes der Vertriebenen“, einen Aufsatz veröffentlicht (21. September 1968), der betitelt ist „Umfassendes Volksgruppenrecht dringend erforderlich. Minderheiten im westlichen Europa“. Nicht natürlich ist, daß der Bund der Vertriebenen (BdV), der eine eigene Arbeitsgruppe „Volksgruppenrecht“ eingerichtet hat, als Verfasser des Beitrages in Georg *Hermanowski* einen Mann heranzog, der nicht nur diesem Ausschuß, sondern den Volksgruppenproblemen überhaupt fernsteht und einen erstaunlich lebensfremden Aufsatz von sich gibt. Nicht behandelt wird in dem Aufsatz z. B. die größte westeuropäische Volksgruppe, nämlich die 5–7 Millionen Katalanen Spaniens, nicht die volksgruppenrechtlich am besten ausgestattete, nämlich die Bewohner der Färöer, und nicht die kämpferischste aller westeuropäischen Volksgruppen, nämlich die Waliser, die nur in dem Abschnitt über die Schotten beiläufig erwähnt werden mit der Bezeichnung „Südwäler“, obwohl die walisische Sprache ihre festesten Wurzeln im Norden von Wales hat. Andere unerwähnte Gruppen sind die Korsen, die Galegos, die Katalanen des Roussillon und die Nordfriesen.

Dafür erfindet der Verfasser aber eine Minderheit, die es nicht gibt, nämlich eine flämische Volksgruppe in Holland. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang daran, daß im Jahre 1967 eine Reihe von niederländischen Gelehrten öffentlich protestierten gegen die Behauptung *Hermanowskis*, es gäbe eine niederländische und eine flämische Sprache. In dem vorliegenden Aufsatz spricht er nicht mehr von zwei Sprachen, wohl aber unterstellt er, daß es sich um zwei Völker handelt. Wo er aber über wirkliche Minderheiten schreibt, da geht es bei ihm kunterbunt zu. Nach *Hermanowski* geht es den spanischen Basken nur um regionale Autonomie, während die französischen „zuweilen für eine Unabhängigkeit eintreten“, und zwar, wie *Hermanowski* es ausdrückt, aus „Pflichttreue und leidenschaftlicher Freiheitsliebe“. Solche Unterschiede zwischen den Zielsetzungen der beiden Minderheiten baskischer Zunge sind

eine Neuentdeckung *Hermanowskis*, ähnlich wie seine Angabe, daß die Basken in Frankreich über eigene Schulen verfügen.

Die Autonomiebestrebungen der schottischen Nationalisten tut *Hermanowski* damit ab, sie hätten „etwas Skurriles an sich“ und seien im übrigen nur eine Angelegenheit einiger Politiker, die das Volk nicht interessierte — eine völlige Verkenning der heutigen Lage.

Wenn *Hermanowski* berichtet, die Westfriesen in Holland verfügten über kulturelle Autonomie, so zeigt das, daß er die Bedeutung dieses Ausdrucks nicht kennt. Am originellsten ist wohl seine Behauptung „In Nordschleswig ist vom Kieler Landtag der dänischen Minderheit in Deutschland eine freie Entfaltungsmöglichkeit auf kommunaler und kultureller Ebene garantiert“; zeigt dieser Satz doch, daß dieser Fachmann die gebräuchliche Bedeutung des Ausdrucks „Nordschleswig“ nicht kennt. Und geradezu böseartig wird *Hermanowski*, wo er über die Lage der kleinen flämischen Volksgruppe in Nordfrankreich schreibt. Hier berichtet er nicht über die Unterdrückung der niederländischen Sprache bei dieser Gruppe, sondern, und zwar recht ausführlich, über Bemühungen des um die belgische Zeitschrift „Ons Erfdeel“ gescharteten Kreises um die Stützung dieser Volksgruppe, Bemühungen, die er als neonazistisch kennzeichnet, um mit dem Satz zu schließen: „Allein die Belanglosigkeit und Lächerlichkeit dieser Aktionen rechtfertigt in etwa die stillschweigende Duldung.“

Weder die Belanglosigkeit noch die Lächerlichkeit von *Hermanowskis* Aufsatz rechtfertigen, daß derartige Ausführungen des DOD stillschweigend hingenommen werden.

Ks.

FRANKREICH

Manifestationen der Francophonie

Ende September 1968 fand in dem Schloß von Versailles die Generalversammlung der Mai 1967 in Luxemburg gegründeten „Association internationale des parlementaires de langue française“ statt, deren Präsident der Luxemburger Ministerpräsident *Bodson* und Generalsekretär der französische Deputé *Xavier Deniau* ist. Staatspräsident *de Gaulle*, der Außenminister und Kammerpräsident empfingen die Tagungsteilnehmer, den Kongreß rahmten als Eröffnungs- und Schlußreden Ansprachen des Erziehungsministers *Edgar Faure* und des Kulturministers *André Malraux*. Es nahmen 80 Delegierte aus 25 Ländern und eine Reihe von Personen „à titre individuel“ teil. Die im Juli 1968 verschickte Einladung gab als Ziel der Veranstaltung die Verstärkung der Solidarität zwischen den Ländern französischer Sprache und der internationalen Ausstrahlung der französischen Kultur an. Aus der Schweiz waren auf die nach den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Wallis, Freiburg und Bern ergangenen Einladungen vier schweizerische Parlamentarier erschienen: die Nationalräte *Wilhelm* aus dem Jura und *Büchold* aus dem Waadt sowie als Beobachter die Großratsvizepräsidenten *Brailard* und *Bornet* aus Genf und dem Wallis. Als Repräsentanten von Regionalversammlungen waren auch Vertreter aus der kanadischen Provinz New Brunswick, von der Insel Jersey und aus dem Vallée d'Aoste erschienen. Louisiana hatte auf die Einladung nicht geantwortet, Algerien und Marokko hatten nicht, wie andere afrikanische Länder, die ehemals unter französischer Verwaltung standen, wie auch solche in Westindien und die noch existierenden kleineren französischen Kolonien, die Wallonen Belgiens und Luxemburgs offizielle Delegationen entsandt. Aus dem Commonwealth war Mauritius vertreten. Als Tagungsleiter stellte der luxemburgische Ministerpräsident *Bodson* fest, daß die Francophonie auf der einen Seite eine Gemeinschaft derer sei, die französisch sprechen, andererseits eine Bewegung bedeute, welche die französisch sprechenden Menschen in allen Staaten durch neue Gruppierungen binden soll. Entschieden wandte er sich gegen eine politische Zielsetzung, denn diese sei durch die Statuten ausgeschlossen. Auch die schweizerischen Teilnehmer betonten die unpolitische Natur der Tagung unter Berufung auf die Statuten. Kulturminister *Malraux* sagte in seiner Schlußrede, die

französische Sprache sei daran, jene Vermittlungsrolle zu übernehmen, welche im Altertum die griechische Sprache gespielt hat. In einer Zeit, in der es in der Welt keine erste Kultur mehr gebe, sei die französische doch die universalistischste. Die Tagung faßte mehrere Resolutionen, so u. a. über die Herstellung einer Art gemeinsamen Marktes für kulturelle Güter innerhalb der francophonen Staaten und die Ausweitung des Gebrauches der französischen Sprache durch Ausbau des Nachrichtenendienstes.

Anschließend fand als weitere Manifestation des französischen Sprach- und Kulturalismus die Versammlung des „Conseil International de la Langue Française“ im Schloß von Versailles statt. An der Eröffnungssitzung nahmen ein Minister und zwei Staatssekretäre teil. Die 61 Tagungsteilnehmer kamen aus 21 Ländern. Präsident des „Conseil“ ist der Belgier *Hanse*, Generalsekretär *Alain Guilleumou*, welcher auch die Beziehungen zu den anderen francophonen Vereinigungen aufrechterhält. Staatssekretär *de Lipkowski* im Pariser Außenministerium schilderte die Bemühungen für die Förderung der französischen Sprache im Ausland, wofür 41% des Budgets des französischen Außenministeriums aufgewendet werden. Der Minister für wissenschaftliche Forschung, Atom- und Weltraumfragen, *Galley*, beklagte den um sich greifenden Gebrauch englischer Worte in Europa. Staatssekretär *Triorid* des Unterrichtsministeriums forderte Vereinheitlichung der Sprache und Abwehr fremdsprachiger Einflüsse. Begründet wurde der „Conseil“ am 5. Juli 1967 auf Anregung des dem Ministerpräsidenten unterstellten „Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française“. Der Conseil soll jedes zweite Jahr seine Tagung außerhalb von Frankreich abhalten, die erste fand am 12. September 1967 in Quebec statt. Die Mitglieder des „Conseil“ betonen, daß er ausschließlich kulturelle Zwecke verfolge. Mit der Tagung wurde eine Ausstellung von Zeitungen in französischer Sprache mit über 1700 Titeln aus 85 Ländern eröffnet. Am Tagungsschluß wurde der Sitz des „Conseil“ an der rue de Lille eingeweiht. Im Interesse der Sprachpflege sind Publikationen geplant, so ein „Glossaire du français universel“.

Auch die „Association de Solidarité Francophone“ ist rührig. An ihrer Spitze stehen die bekannten Politiker *Bousquet*, *Charbonel* und *de Broglie*. Sie veröffentlichten ein „Dictionnaire de la Francophonie“. Schließlich veranstaltete die „Association des universités partiellement ou entièrement de langue française“ bereits im Mai 1967 in Montreal einen Kongreß.

Die Grenzen zwischen den Bestrebungen der Vereinigungen der Francophonie und dem französischen Staat, der sie finanziert, erscheinen sehr fließend. Deshalb betrachten verschiedene Staaten mit mehr oder minder größeren französischen Staatsbürgergruppen sie sehr sorgfältig.

Die einheitliche Fassung des „Vaterunsers“

Wir lesen in „L'Ami du peuple“, „Der Volksfreund“, vom 29. September 1968: „Durch Verfügung des Bischofs von Straßburg übernimmt die Diözese vom 1. Oktober ab die neue einheitliche deutsche Fassung des ‚Vaterunsers‘. Seit Ostern ist dieselbe in Übung in den Diözesen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Auch die deutschsprachige Diözese Brixen und der deutschsprachige Teil der Diözese Lüttich übernimmt sie. Dasselbe wird wohl auch der Fall sein für die deutschsprachigen Pfarren der Diözesen Luxemburg und Metz... Was im französischen Sprachraum bereits verwirklicht worden ist, wird nun langsam auch Wirklichkeit im deutschen Sprachraum: daß alle Kinder Gottes, obwohl verschieden nach Konfession und Nationalität, in derselben Fassung zum Vater im Himmel beten.“

Kelten der Bretagne regen sich

Die rund drei Millionen Bretonen Frankreichs gehören ihrer ethnischen Herkunft, ihrer rein keltischen Sprache nach und auch nach ihrer Lebensweise weder ursprünglich zum fränkisch-lateinischen Kulturkreis, noch sind sie heute völlig mit ihm verschmolzen. Die Reibungen zwischen der Bretagne und Frankreich, zwischen

Bretonen und Franzosen sind so alt wie die Geschichte von Frankreich selbst. Am 400. Jahrestag der endgültigen Angliederung der Bretagne an Frankreich, am 7. August 1932, wurde von Bretonen das daran erinnernde Denkmal bei Rennes in die Luft gesprengt. Die Geschichte der Eingliederung der Bretagne in den französischen Staat und die Existenz der Bretonen innerhalb der französischen Staatlichkeit ist mit vielen bitteren Erinnerungen verbunden. Die Pariser Zentralregierung hat seit jeher danach getrachtet, die Bretonen nicht nur zu loyalen Staatsbürgern Frankreichs, sondern auch zu Franzosen dem Geiste und der Sprache nach zu erziehen. Mit geradezu missionarischem Eifer wurde die Französisierung der Bretonen bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Vernachlässigung der fünf unterentwickelten Departements der Bretagne betrieben. Dieses Verhalten der Pariser Regierungen ist nicht ohne Wirkung auf die Haltung der Bretonen geblieben. Die bretonische Sprache erfreut sich keiner Förderung durch die französischen Behörden, sie wird im Gegenteil möglichst ausgeschaltet und als nichtexistent angesehen. Die nationalbewußten Bretonen verabsäumen nicht, sich auf einen Großonkel des heutigen Staatsoberhauptes, den Sprachforscher *Charles de Gaulle* zu berufen, der sich schon 1870 für den bretonischen Schulunterricht eingesetzt hatte. Die Unzufriedenheit wegen der sprachlichen und kulturellen Zurücksetzung wird politisch verstärkt durch den wirtschaftlichen Notstand des bretonischen Agrargebietes, der gelindert würde, wenn das als Abnehmer naheliegende Großbritannien zur EWG gehörte, während die Notlage immer wieder Bauern- und Fischerunruhen auslöst. Auch die Möglichkeiten des Unterkommens junger Bretonen in Marine, Armee und Kolonialverwaltung bestehen heute nicht mehr, es fehlt an Industrien und Arbeitsplätzen in der Bretagne und zehntausende junge Bretonen müssen in anderen Teilen Frankreichs Arbeit suchen oder verbittert und unzufrieden daheim bleiben. Die „Gwenn ha Du“-Bewegung (weiß und schwarz), genannt nach der weiß-schwarzen bretonischen Flagge, trat in den Dreißiger Jahren hervor, und ihre Nachfolge trat die Bretonische Befreiungsfront an. Der wegen Kollaboration 1947 zum Tode verurteilte und nach Irland geflüchtete bretonische Separatistenführer *Yann Couët* äußerte aus seinem Exil: „Die Lage in der Bretagne ist heute die gleiche wie in Irland im Jahre 1916.“ Die Mehrheit der Bretonen aber will keine Separation von Frankreich und träumt auch nicht von einer politisch geformten keltischen Kulturgemeinschaft, sondern möchte einen gesunden Regionalismus und Föderalismus innerhalb von Frankreich unter Anerkennung der eigenen Sprache und Kultur und Überwindung der wirtschaftlichen Vernachlässigung. Es hat sich der Mißmut der Bretonen seit Jahren in Protestkundgebungen, Resolutionen, Eingaben an die Zentralregierung in Paris, gelegentlich auch in Demonstrationen und Straßenschlachten, aber auch in einzelnen Sprengstoffanschlägen geäußert. Besorgt äußerte daher der Bürgermeister von Saint Brieuc und linkssozialistische Nationalversammlungsdeputierte *Yves Le Fol*: „Wenn die Bretonen noch lange das Gefühl haben, am Rande der Nation zu leben, dann kommt es noch so weit, daß diese Sprengstoffanschläge gutgeheißen werden.“ Die Forderung nach einem besseren Status der Bretagne mit kulturellen, verfassungsmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Vollmachten wird immer vernehmlicher erhoben. Solche Forderungen sind keineswegs Separations- oder Unabhängigkeitsbestrebungen, sondern erstreben eine Besserstellung innerhalb des französischen Staates.

Écrivains bretons

Am cours de ces deux ou trois dernières années, la Bretagne a perdu des hommes qui lui avaient voué leur vie, soit comme écrivains, soit comme hommes politiques. Et ces pertes sont d'autant plus graves pour elle que ces écrivains seront difficilement remplacés. Ils faisaient partie de ces générations dont le breton était la langue maternelle: leur pensée, la tournure même de leur esprit en avaient été définitivement impressionnées. Ils avaient dix ans, douze ans, quand ils apprirent la langue française: ce n'était point leur langue. Ils faisaient partie de ces générations où quelques rudiments au moins de la langue bretonne étaient enseignés dans des écoles privées du pays bretonnant, de sorte que le désir, le goût d'approfondir leur

langue maternelle pouvaient naître chez eux tout naturellement. Aujourd'hui encore il existe des écrivains dont le breton fut la langue maternelle; mais leur nombre diminue de par la négligence de trop de parents bretonnants, dont l'esprit a été détourné de leur propre langue par une persécution officielle pesante, insidieuse et persévérante, qui s'exerce par l'école, la radio, la télévision, les journaux ou magazines; et, même si le breton est encore employé par de jeunes Bretons, il ne fut pas toujours leur première langue, leur langue maternelle. Et c'est là que réside tout le drame de l'avenir de la langue bretonne. C'est pourquoi la perte de nos vieux écrivains bretons est si durement ressentie par la littérature bretonne.

La Bretagne a vu disparaître, en quelques mois, trois d'entre eux: Jarl Priel, Fanch Eliès-Abeozen, Yeun ar Gow.

Jarl Priel (1885—1965), natif des environs de Tréguier, avait quitté très tôt la Bretagne; la vie le conduisit à travers le monde dans des conditions assez extraordinaires, mais qui correspondent au tempérament aventureux et romantique du Breton. Attiré par l'art dramatique, il fut comédien à l'école des plus grands artistes comme Louis Jouvet. La Russie impériale le rencontre dans les services consulaires et il passa quelques années dans la marine militaire, où ses dons de musicien et d'interprète lui rendirent grand service: il connaissait l'anglais, l'allemand, le russe. Et cette vie mouvementée explique son oeuvre littéraire: composition de drames (Ar Spontailh, par exemple), de romans maritimes (An teirgweren Pembroke), de mémoires (Va zammig buhez, va buhez e Rusia, Aman hag ahont)... Bien qu'il eût pendant de longues années abandonné la pratique de sa langue maternelle, il avait un tel talent de conteur et d'écrivain qu'il n'eut aucune peine, retiré au pays à l'âge de la retraite, à écouter les conseils de ses amis et à se mettre à écrire. Et c'est admirable de voir ce qu'il a pu produire en quelques années, dans un style où se retrouvent peut-être un peu vocabulaire et tournures dialectales, mais dont la couleur est très attirante et la vivacité puissamment intéressante.

Fanch Eliès (1896—1963) — qui écrivit le plus souvent sous le pseudonyme d'Abeozen — était un tout autre homme. Jarl Priel s'était fait une philosophie optimiste de la vie. Il n'avait pas grandes ressources, mais ne semblait pas se faire souci de sa pauvreté. Abeozen, professeur, donnait l'impression d'un homme aigri par les misères de la vie. Il était Léonard et les gens du Léon travailleurs, sévères et obstinés, ne voient pas la vie avec le sourire sceptique du Trégorois. Abeozen a laissé deux romans remarquables: Hervalina Géraouel et Dremm an Ankov: ce dernier texte est d'un noir antimilitarisme sur la cruauté de la guerre 14—18; et telles pages valent celle de Remarque ou de Roland Dorgèlès, dans leur puissance d'évocation. — Abeozen publia dans différentes revues bretonnes des poésies et des études littéraires et grammaticales sur les écrivains bretons. Et, comme il possédait à fond la technique de sa langue, ses études font autorité et constitueront une base de documentation essentielle pour qui prétendrait travailler sur la littérature bretonne contemporaine.

Yeun ar Gow (1897—1966), était, lui, du pays de Cornouailles, natif d'un gros bourg de campagne (Pleyben), où ne se pratiquait, au début de ce siècle que la langue bretonne, et une langue bretonne d'une richesse exceptionnelle. Il exerça la profession de notaire, mais cette profession libérale ne le coupa point de ses racines populaires; et il se fit même un point d'honneur de rester fidèle toute sa vie à sa langue, l'utilisant continuellement dans l'exercice de sa profession, dans sa vie sociale, luttant et combattant contre toutes les pressions défaitistes qu'il sentait autour de lui. Il protestait en particulier contre l'abandon de la langue bretonne dans la vie de l'Église; et en 1940, il s'indigna de l'attitude de l'évêque qui prétendit excommunier les nationalistes bretons. Comme tant de militants bretons, Yeun ar Gow, qui n'avait jamais fait de politique, fut incarcéré à «la libération» en 1944, par haine, peut-on dire, de toute chose bretonne. Il faut le savoir pour comprendre son amertume des dernières années; car cette arrestation, intervenue de la part de ses compatriotes, traduisait de la manière la plus éloquente et la plus tragique la profondeur du travail de subversion exercé par l'influence française en Bretagne: ceux-là mêmes qui vouent leur vie à la défense de leur nationalité et de leur patrie y sont victimes

d'abord de leurs propres compatriotes qui ne savent plus rien de leur peuple, de leur pays, de leurs origines et de leurs droits, encore moins de leurs devoirs.

Écrivain très fécond lui aussi, Yeun ar Gow publia un grand nombre d'articles, d'études, de souvenirs dans les revues bretonnes. Il écrivit quelques pièces théâtrales, un roman sur l'histoire de la ville d'Ys, une traduction de Robinson Crusoe, et une autobiographie qui semble être son oeuvre la plus savoureuse. Il écrivait à la perfection. Si faiblesse il y a dans son style, ce serait d'avoir, une fois ou l'autre, laissé passer certains mots de la vie courante, connus seulement dans une région restreinte de la Bretagne bretonnante. Néanmoins, on peut considérer que son oeuvre est à la portée de tout bretonnant qui possède la moindre culture bretonne; et bien des pages de cette oeuvre ont leur place toute désignée dans les classiques bretons. Sa force d'âme, sa largeur d'esprit, sa fermeté de caractère lui ont attiré les sympathies de ceux-là mêmes qui se seraient opposés à lui sur le terrain politique. Et, de par sa position sociale de premier plan, il fut un des grands ouvriers du relèvement breton après l'épreuve de la guerre.

GRIECHENLAND

Le problème turco-grec des minorités

Après qu'en mars les Turcs, à Athènes, et en avril les Grecs, à Ankara, eurent exposé leurs désirs respectifs sur la question des minorités, des prises de contact à ce sujet eurent lieu, entre le 20 et le 31 mai 1968, aux ambassades de Grèce et de Turquie à Vienne. On n'y discuta pas le problème de Chypre; à l'ordre du jour était seulement inscrit celui des quelque 100.000 Turcs de la Thrace occidentale grecque, des quelque 30.000 Grecs d'Istanbul et des 6000 Grecs environ des îles d'Imroz et de Bozkaada. Le communiqué final souligna que les entretiens s'étaient déroulés «en toute sincérité dans une atmosphère de cordialité constructive». Les Ministères continueront le travail commencé et on décidera alors si les entretiens ultérieurs auront lieu au niveau diplomatique ou bien déjà gouvernemental.

Le Traité de Lausanne de 1923 est la base formelle de ces négociations. Il stipulait, après la chute de l'Empire ottoman et le règlement des rapports entre la République turque et la Grèce, également des garanties pour les minorités dans ces deux Etats. Pour donner suite au règlement des problèmes entamés, on conclut en 1930 une convention consulaire prévoyant, pour les Grecs d'Istanbul qui avaient opté pour la Grèce mais étaient restés à Istanbul, la libre circulation et des avantages fiscaux et, pour les Turcs de la Thrace occidentale grecque, l'amélioration de leur administration personnelle et l'autorisation d'engager des instituteurs formés en Turquie. Plus tard, la situation se détériora des deux côtés, principalement à la suite du changement de régime, en 1960 en Turquie et en 1967 en Grèce.

La minorité turque, environ 100.000 âmes, en Thrace occidentale, se compose surtout de pauvres paysans cultivant le tabac, socialement arriérés, dont la jeunesse ambitieuse émigre, de sorte que le chiffre de la population est resté stable durant les quarante dernières années, malgré l'accroissement de la population grecque en Thrace. Le niveau culturel est arriéré et une élite fait défaut. Après la révolte militaire d'Athènes, en 1967, les instituteurs formés en Turquie furent congédiés et, en tant que représentants des Turcs thraces, désignés comme partisans du traditionalisme arriéré. Au cours des entretiens actuels, on proposa, du côté turc, l'abolition des conditions fâcheuses en Thrace occidentale. La minorité grecque, appelée les «Phanariotes», résidant principalement dans les quartiers de Phanar et de Galata, à Istanbul, diminua, pendant les quatre dernières décennies, du fait des émigrations, des expulsions et aussi des fuites, de 160.000 à environ 30.000 âmes. Elle eut à souffrir des impôts sur la fortune, du blocage de fortunes, des restrictions de l'instruction publique, du licenciement de personnel enseignant et des limitations imposées au patriarcat. La convention consulaire fut dénoncée lors de la seconde crise cypruite en 1964, et près de 12.000 Grecs, qui avaient opté pour la Grèce, furent expulsés. Dès 1960, les deux députés grecs faisant partie jusqu'alors de l'Assemblée nationale,

n'eurent plus le droit de poser leur candidature. Un Grec est encore membre du Conseil municipal d'Istanbul. Dans l'île d'Imroz, la situation des 6000 Grecs devint si mauvaise, à cause de la non-exécution des clauses du Traité de Lausanne concernant l'administration personnelle, de la suppression de l'instruction publique, de la saisie des terres et de l'établissement de Turcs, que la population grecque a diminué de moitié par émigration. Lors des entretiens, la Grèce proposa la conclusion d'un nouvel accord consulaire, le rétablissement de l'instruction publique à Istanbul et la révision de la situation dans l'île d'Imroz. On ne peut encore rien dire quant à la durée et à l'issue de négociations ultérieures.

GROSSBRITANNIEN

Autonomiebestrebungen in Schottland

Als Folge der Rückbildung des britischen Empire ist u. a. auch eine Rückbesinnung der nichtenglischen Volksteile in Großbritannien und Irland zu verzeichnen und ertönt von der Insel Man über Wales und Schottland bis zu den Shetlands der Ruf nach Home Rule. Es ist nicht unangebracht, diese von echter nationaler Selbstbesinnung getragenen Rufe nach nationaler Selbstbestimmung zu beachten und nicht mit der Beurteilung, es handle sich um Nationalismus und Separatismus, abzutun. Zweifellos gibt es unter diesen kleineren Völkerschaften ebenso wie unter der britischen Mehrheit Nationalisten, aber diese sind bei den heutigen Selbstständigkeitsregungen in Schottland wie Wales kaum die tragenden Kräfte.

Die schottische Nationalbewegung rüttelt keineswegs an dem Unionsvertrag zwischen England und Schottland von 1707 hinsichtlich gesamtstaatlicher Gemeinschaft und Loyalität gegenüber dem Königshaus. Nachdem aber die Briten Kolonien und Dominion Verfassungen gewährten, welche den historischen und nationalen Besonderheiten in föderalistischem Sinn Rechnung getragen haben, hält man eine derartige Entwicklung auch im Vereinigten Königreich selbst für durchaus naheliegend. Bereits hat sich auch eine schottische Labour-Konferenz in Ayr vom 22. bis 24. März 1968 damit befaßt, und auch bei den Liberalen Schottlands wird eine Lösung nach dem Beispiel von Nordirland ventiliert; allerdings überwiegt auch bei der Labour-Party die ablehnende Haltung, welche Kennzeichen der Konservativen ist, die nichts für das schottische Nationalempfinden übrig haben.

Gewiß haben die Anhänger der schottischen Nationalpartei erst in einem der 71 Wahlkreise einen Kandidaten durchgebracht und fallen heute 44 Sitze der Labour-Party, 21 den Konservativen und 5 den Liberalen zu; doch ist die Schottische Nationalpartei heute keine zu übersehende Randerscheinung mehr. Im Jahre 1928 gegründet, blieb die schottische Nationalpartei unbedeutend, wenn sie auch erstmals nach dem zweiten Weltkrieg für zwei Jahre einen Kandidaten ins Unterhaus zu entsenden vermochte. Sie zählte kaum mehr als 2000 Mitglieder, doch hat sie seit 1962 ihre Anhängerschaft überraschend vermehrt und hat heute mit über 114.000 Mitgliedern den größten Mitgliederstand aller Parteien in Schottland. Insbesondere die Jugend, die allmählich ins Wahlalter tritt, hat sich ihr in großer Zahl angeschlossen.

Nach dem Unionsvertrag von 1707 verzichtete Schottland zwar auf ein eigenes Parlament, behielt aber sein eigenes, dem kontinentalen näher als der englischen Rechtsordnung stehendes Recht, seine eigene presbyterianische Kirchenordnung und einen eigenen Staatssekretär für Schottland. Letzterer wurde jedoch bald abgeschafft und nach fast 150 Jahren erst 1885 wieder eingeführt, nachdem in der Zwischenzeit Schottland zentralistisch von London aus verwaltet und regiert worden war. Mehrfach wurden seitdem die Befugnisse des Staatssekretärs ausgedehnt, zuletzt 1939. Dieses Scottish Office besitzt unter der Leitung des Staatssekretärs für Schottland — derzeit William Ross, der als Sprachrohr des Londoner Zentralismus gilt — eine administrative Selbstständigkeit, eine Teilautonomie für bestimmte Sachgebiete wie Landwirtschaft, Schulwesen, innere Verwaltung, Gesundheitswesen, weitere Regionalämter des Handels- und Arbeitsministeriums. Jedoch hat es nur ausführende Funk-

tion und liegt die Legislative vollständig beim Parlament in London, wo bei erfordernden Verhältnissen entsprechende Gesetze für Schottland erlassen werden.

Damit sind die schottische Nationalbewegung und auch schottische nationalgesinnte Elemente der anderen Parteien nicht zufrieden. Sie wünschen unter Aufrechterhaltung der Union und des Königshauses ein eigenes Parlament mit eigener Regierung, wobei die Materien der Außenpolitik, des Außenhandels, der Währung, des Verteidigungswesens und weiterer zu vereinbarenden Angelegenheiten von der Zentralregierung wahrgenommen werden, die anderen Sachgebiete, insbesondere die lokalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Materien einschließlich der Steuern der schottischen Regierung überlassen bleiben. Es schwebt eine Lösung ähnlich wie in Ulster, in Nordirland, vor, eine staatsrechtliche Lösung im Zuge einer Föderalisierung von Großbritannien. Jedenfalls ist man mit der heute bestehenden Teilautonomie gewisser administrativer Selbstständigkeit unzufrieden. So fügen sich die Selbstständigkeitsregungen in Schottland in den breiteren Kreis von Bestrebungen zur Dezentralisierung, Regionalisierung und Föderalisierung. Sie zielen auf eine Art Regionalautonomie Schottlands innerhalb von Großbritannien.

ITALIEN

Für die französische Sprache im Aostatal

Die Union Démocratique Valdôtaine teilte mit, daß ihr Präsident Livio Bredy, der auch Gemeinderat von Aosta ist, folgende Tagesordnungspunkte im Gemeinderat einbrachte: 1. Sämtliche Gemeinderats-Protokolle sind außer in italienischer auch in französischer Sprache abzufassen. 2. Ein Preis mit jährlicher Verleihung soll für das schönste französische Geschäftsschild in Aosta geschaffen werden. 3. Sämtliche Straßentafeln und alle amtlichen und anderen Mitteilungen der Gemeinde sollen in französischer und italienischer Sprache geschrieben sein. 4. Eine fünfgliedrige Kommission soll sich mit der Gründung einer Schule oder eines privaten Institutes für französischsprachige Ausbildung befassen. 5. Die Gemeindebehörden sollen sich an kulturellen Veranstaltungen zur Verteidigung der französischen Sprache, wie Ausstellungen französischer Bücher, Vorträgen, Theateraufführungen, beteiligen. 6. Die Gemeinde soll sich an der Errichtung einer Informationsstelle des Aostatales mit Sitz in Genf zur Erhaltung der französischen Sprache mit wirksamer Unterstützung beteiligen.

(AG., 10. September 1968)

Journalistenkongreß in Aosta

Die Association internationale des journalistes de langue française stellte in einer Resolution bei der vom 11. bis 13. Oktober 1968 im Aostatal abgehaltenen 10. Jahrestagung fest, es liege im Interesse jedes Landes, die Eigenart in den verschiedenen Regionen zu wahren. Dabei spielen die modernen Massenmedien eine große Rolle. Deshalb ersuchte der Kongreß die italienische Regierung, die Erstellung eines Fernsehempfangers zu genehmigen, der die Ausstrahlung von mehr Sendungen des französischen Fernsehens ins Aostatal ermöglichen würde. Das italienische Radio und zösischen Fernsehen wurden gebeten, einen Sondersender für das Aostatal zu errichten, welcher der Übermittlung der Programme der französischen Schweiz und Frankreichs vorbehalten ist.

(AG., 14. Oktober 1968)

Walser-Tagung in Gressoney

Die im Piemont und Val d'Aoste südlich des Monte Rosa, im Tessin, den Graubündner Alpenländern, Liechtenstein und Voralberg angesiedelten Walser-Gemeinden tagten am 7. und 8. September 1968 in Gressoney in einem Nebental des Aostatales. Die bisherige Präsidentin der Walser-Vereinigung, Tita von Oettinger, wurde zur Ehrenpräsidentin, der Berner Hans R. Bodmer zum Präsidenten gewählt.

(AG., 9. September 1968)

ÖSTERREICH

Burgenland-Kroaten wünschen Schulkommission

Die sozialistischen Bürgermeister von kroatischen Gemeinden im Burgenland haben die Bildung einer gemischten Kommission aus Vertretern der Bundes- und Landesregierung und Repräsentanten der sozialistischen und christlichen Kroaten verlangt, die ein Mitspracherecht der Lösung der Frage des Schulunterrichtes in den 42 Gemeinden mit kroatischer Bevölkerung im Burgenland besitzen soll. Der Wortführer der sozialistischen kroatischen Bürgermeister, SPÖ-Abgeordneter *Robak*, erklärte „der zweisprachige Unterricht hemme den Lernerfolg“, weshalb viele Minderheitsangehörige den obligatorischen kroatischen Unterricht in bisherigem Umfang nicht mehr wünschen. In Klingebach, Siegendorf und Zagersdorf sei angesichts dieser ablehnenden Haltung gegen den Kroatisch-Unterricht der Bestand der kroatischen Hauptschule in Siegendorf sogar in Frage gestellt gewesen und es seien rund 40% der schulpflichtigen Kinder dieser drei Gemeinden in den letzten Jahren an die deutsche Hauptschule in Eisenstadt abgewandert.

(„Die Presse“, 4. September 1968)

Dr. Vospernik löst Dr. Inzko ab

Im Kultursaal der Hermagoras-Bruderschaft in Klagenfurt fand am 13. Oktober 1968 in Anwesenheit von über 150 Delegierten die Jahreshauptversammlung des Volksrates der Kärntner Slowenen statt. Bei der von Pfarrer *Avgustin Čebul* geleiteten Versammlung gedachte eingangs Obmann *Dr. Valentin Inzko* der seit dem 3. Oktober 1965 verstorbenen führenden Mitglieder Prälat *Dr. Rudolf Blüml*, Dkfm. *Adolf Picej*, *Janko Olip*, *Mateuž Rainer*, *Avgust Blažej* und *Franc Rehsman* und erstattete dann den Tätigkeitsbericht, während Volksratssekretär *Dr. Reginald Vospernik* über die Thematik der Sitzungen und in letzter Zeit entstandene Schwierigkeiten berichtete. Nach lebhafter Aussprache fand die Wahl statt, zu der zwei Listen vorgelegt waren. Die Liste mit Listenführer *Dr. Valentin Inzko* erhielt 57, die Liste mit Listenführer *Dr. Reginald Vospernik* 75 gültige Stimmen. Darauf erhielt der Ausschuß des Volksrates der Kärntner Slowenen diese Zusammensetzung: Obmann *Prof. Doktor Reginald Vospernik*, Obmannstellvertreter *Tierarzt Dr. Marko Dumpelnik* und *Hofrat Dr. Joško Tischler*, Sekretär *Prof. Dr. Janko Zerzer* und Stellvertreter *Franz Oblek*, Kassier *Prof. Jože Wakounig*. Weitere Ausschußmitglieder *Janez Kuchling*, *Janko Tolmajer*. „Wir Kärntner Slowenen sollen uns in vollem Maße bewußt sein, daß wir gleichwertige Glieder der Gesellschaft sind, in der wir leben. Wir haben erfreuliche Beweise des Verständnisses auf der Seite der Vertreter des Mehrheitsvolkes; hier bedarf es der Zusammenarbeit.“

(*Naš tednik*“, 17. Oktober 1968)

SCHWEIZ

Deutsch und Welsch im Wallis

Unter diesem Titel berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ am 23. August 1968, daß das Verhältnis Deutsch zu Welsch im Kanton Wallis seit Jahrzehnten das gleiche Bild zeigt: ein Drittel zu zwei Dritteln. „Wohl stand früher einmal die Sprachgrenze an der Morge, zwischen Sitten und Gundis, während sie gegenwärtig 15 km weiter östlich verläuft. Seit dem letzten Kriege ist auch die Zweisprachigkeit von Sitten/Sion und Siders/Sierre weniger ausgeprägt, da die welsche Sprachgruppe durch Zuzug aus den Seitentälern und Nachbargemeinden verstärkt wurde. Zudem haben sich nicht wenige Deutschsprechende in Sitten assimiliert... Das Sprachbewußtsein der Deutschwalliser könnte auch mancherorts im Oberwallis besser sein. Wer die Muttersprache liebt und offenen Auges durch unsere Ortschaften geht, der wird bei mancher Aufschrift den Kopf schütteln... Hier können die Welschschweizer oft als Beispiel dienen. Die Liebe, die sie ihrer Muttersprache entgegenbringen, und der Eifer, mit dem sie über deren Reinheit wachen, sind bewundernswert. Auch die Ver-

bundenheit mit dem französischen Kulturgebiet kann für Deutschwalliser nur ein Vorbild sein im Blick auf ihre Beziehungen zum deutschen Kulturkreis. — Man hört hierzulande viel davon, daß die deutsche und die französische Sprachgruppe zu wenig Kenntnis voneinander nehmen. Man lebe aneinander vorbei. Gewiß mag der Hauptgrund dieser Tatsache darin liegen, daß bisher auf Unterwalliser Seite eine gewisse Hemmung bestand, Deutsch zu lernen. Es ist bemüht, hier und dort feststellen zu müssen, wie in vielen Geschäften deutschsprechende Kunden auf französisch bedient werden, wie französischsprachige Beamte selbst in der zweisprachigen Kantonsverwaltung Schwierigkeiten haben, sich schriftlich oder mündlich mit anderssprachigen Mitbürgern zu verständigen... Wesentliche Aufgaben des Rottenbundes, dieser Vereinigung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die deutsche Muttersprache zu schützen und zu pflegen, und die ihr 20jähriges Bestehen feiern wird, bleiben ungeschmälert bestehen...“

Die Täufer im Berner Jura

Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht am 11. August 1968 einen ganzseitigen Artikel über „Die Täufer im Berner Jura“. Sie beschreibt die Existenz der in Höhenlagen im 16. bis 18. Jahrhundert in bisher unbesiedelten Gebieten niedergelassenen deutschen Menschen inmitten französischer Umwelt im Berner Jura. „Es erstaunt, mit welch nüchternem Realismus die Täufer die Situation der eigenen Gemeinschaft sehen, auch die Gefahren, die von einem gewissen Traditionalismus drohen... Man kann sagen, daß die Alt-täufer im Jura heute in ihrer Mehrheit gute Staatsbürger sind... Vor langer Zeit schon hatten die Täufer auf ihren Höhen eigene deutschsprachige Schulen gegründet, ursprünglich Privatschulen einzelner Familien... Im letzten Jahrhundert wurden die Hausschulen in Schulbezirke geordnet und unter dem französischsprachigen jurassischen Regierungsrat Gobat nicht nur nachdrücklich vom Staat anerkannt, sondern auch materiell unterstützt. In den letzten 70 Jahren sind unzählige deutschsprachige Schulen eingegangen oder in französischsprachige umgewandelt worden... Viele der Täufer, die im französischen Gebiet sprachliche Inseln bilden, sind sich durchaus im klaren darüber, daß die Entwicklung im Sinne der Anbilden, sind sich durchaus im klaren darüber, daß die Entwicklung im Sinne der Anpassung an die Umwelt im Sprachlichen unaufhaltsam ist... Es gibt noch 6 deutschsprachige Täufer Schulen, nämlich in La Chaux-d'Abel (Gemeinde St. Immer/St. Imier), Moron (Gemeinde Châtelat), Mont-Tramelan, Montbautier (Gemeinde Saicourt), La Pâturatte (Gemeinde Montfaucon) und Jeangisboden... Die meisten Täufer erklären sich mit der Zweisprachigkeit einverstanden, ja sie betonen... den Willen zum gutem Einvernehmen mit den Jurassiers französischer Muttersprache. Aber sie wollen die Muttersprache im Unterricht nicht aufgeben, was vollkommen natürlich und legitim ist...“

Neues zur jurassischen Frage

Regierungsrat *Dr. Ernst Jaberg* erklärte am 1. Juli 1968 am bernischen Anwalts-tag in Moutier, daß die Jurafrage nur auf rechtsstaatlichem Weg einer Lösung zugeführt werden könne. Der Regierungsrat sei bereit, eine Übergangsbestimmung zur Kantonsverfassung vorzuschlagen, um die Durchführung einer Volksabstimmung im Jura über die Schaffung eines eigenen Kantons zu ermöglichen.

Der Bundesrat hat am 16. Juli in Bern ohne Präjudizierung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten eine Aussprache über die Entwicklung des Juraproblems gepflogen. Er nahm mit Befriedigung von den Schritten des Kantons Bern im Hinblick auf eine Verständigung auf rechtsstaatlichem Boden durch Ernennung und Verhandlungen der „Kommission der 24“ und Maßnahmen zur Abklärung des Volkswillens in bezug auf allfällige Trennungswünsche in den jurassischen Amtsbezirken zur Kenntnis. Der Bundesrat erklärte sich bereit, seine guten Dienste zu leisten und erfahrene Persönlichkeiten für eine Expertengruppe vorzuschlagen. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat am 16. Juli 1968 zur Begutachtung politischer Fragen in Zusammenhang mit dem Juraproblem eine Expertenkommission bestellt, der auf Vor-

schlag des Bundesrates angehören: Altbundesrat Dr. Max *Petitpierre* (Neuenburg/Neuchâtel), Altbundesrat Dr. Fritz Traugott *Wahlen* (Bern), Nationalrat Dr. Raymond *Broger* (Appenzell) und Nationalrat Pierre *Graber* (Lausanne).

Das Rassemblement Jurassien prüfte in einer Sitzung am 19. Juli 1968 in Saignelégier diese Schritte und betonte, daß es nicht konsultiert wurde und die Ernennung der Expertenkommission ein einseitiger Schritt sei. Sie fordere eine solche als unabhängige eidgenössische Vermittlungskommission ohne jegliches bernisches Mandat. Sie bitte den Bundesrat, der bereits einen bedeutenden Schritt unternommen habe, noch mehr zu tun und den bernischen Behörden die Lösung des Juraproblems zu entziehen.

In Delsberg/Delemont fand am 8. September 1968 das vom Rassemblement Jurassien organisierte Fest des jurassischen Volkes statt. Auf einer Pressekonferenz und der Massenversammlung wurden die Forderungen nach dem jüngsten Schritt des Bundesrates bekanntgegeben. Der Bundesrat soll um eidgenössische Vermittlung in der Jurafrage gebeten werden, und die Jurassier sollen in den Verhandlungen auf gleichen Fuß mit der bernischen Regierung gestellt werden.

Am 25. September 1968 traten die in der Association féminine pour la défense du Jura zusammengeschlossenen Frauen, begleitet von Männern der Gruppe *Bélier*, in Straßburg im Europarat auf und überreichten dem Präsidenten einen Brief mit den jurassischen Forderungen. Der gaulistische Vertreter im Europarat, *Nessler*, unterstützte sie dabei.

In Moutier wurde am 23. September 1968 unter Vorsitz von Prof. *Walzer* von der Universität Bern und Anwesenheit des bernischen Regierungsrates *Simon Kohler* zu dem von letzteren 1965 vorgelegten Plan der Schaffung eines jurassischen Kulturhauses eine Resolution angenommen, welche dessen Errichtung als ein Bedürfnis der Entwicklung des Jura gutheißt.

Bei der 50-Jahrfeier der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei am 26. Oktober 1968 erklärte Altbundesrat *Wahlen* zum Juraproblem: „Ein von allen Gesprächspartnern objektiv geführter, von gutem Willen getragener Dialog sollte es nicht nur im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Ordnung, sondern auch gestützt auf speziell helvetische Tradition der Erfüllung vernünftiger Minderheitsanliegen ermöglichen, eine allseitig befriedigende Lösung zu finden.“

Am 28. Oktober 1968 wurde in Biel/Bienne der von der Kommission der 24. ausgearbeitete und einstimmig gutgeheißene „Bericht zur Jurafrage“ übergeben, der mit Tabellen und Bildern 245 Seiten stark ist. Die Kommission hat Tatsachen, Dokumente und Meinungen und die Stellungnahme der verschiedenen politischen, kulturellen, kirchlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreise zum Juraproblem gesammelt. Bezüglich der finanziellen Beziehungen zwischen Jura und altem Berner Kantonsteil sind Expertisen in Arbeit und spätestens bis 1970 zu erwarten. Eine Sonder-session des bernischen Großen Rates wird sich vom 20. bis 24. Jänner 1969 mit dem Bericht befassen.

Die Kommission der Guten Dienste für den Jura wandte sich am 30. Oktober 1968 mit einem Appell an die Jurassier und stellt zur Betonung ihrer Unparteilichkeit fest, daß ihre Mitglieder vom Bundesrat und nicht von der bernischen Regierung zur Arbeit gebeten wurden, daß die Kommission ihre Bezeichnung selbst wählte und dadurch die Verantwortlichkeit jedes Mitgliedes gegenüber dem jurassischen Volk und der Eidgenossenschaft ausdrückte und weder vom Bundesrat noch von der bernischen Regierung Weisungen erhalten habe, sondern sich selbst Sinn und Tragweite ihrer Aufgabe umschrieben habe. Ihr einziges Ziel bestehe in der Findung der besten Lösung des Juraproblems in voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.

Unruhe verursachte in einigen Kreisen die Stellung von Pikett-Truppen für den Schutz des Bundesigentums im Berner Jura seit 1. August 1968. Am 23. Oktober 1968 wurde dazu vom Bundesrat bekanntgegeben, daß der Beschluß dazu am 30. Juli 1968 erfolgte, nachdem am 29. und 30. Juni die Gruppe *Bélier* des Rassemblement Jurassien das Amtshaus von Delsberg/Delemont besetzt und erklärt hatte, dies sei nur ein Anfang. Es handle sich um präventive Maßnahmen, die nicht zur Anwendung kommen, solange es zu keinen rechtswidrigen Übergriffen kommt. Darauf

erklärte am 24. Oktober 1968 das Rassemblement Jurassien, daß es von seiner Seite nie zu Drohungen gegen die Eidgenossenschaft gekommen ist. Am gleichen Tag erfolgte auch eine Erklärung der „Union des Patriotes Jurassiens“, welche antipararistisch eingestellt ist, in elf Punkten.

Förderung des Rätoromanischen

Zur Sicherung der bisherigen Tätigkeit im Dienst der Erhaltung und Förderung der rätoromanischen Kultur und Sprache beschloß der Bund, den Jahresbeitrag an die Lia Rumantscha/Ligia Romantscha ab 1969 von 110.000 auf 170.000 Franken zu erhöhen, vorausgesetzt, daß auch der Kanton Graubünden seine Leistungen unter diesem Titel um mindestens 40.000 Franken erhöht. In seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte betont der Bundesrat die Bedeutung der Mehrsprachigkeit der Schweiz als Element der Selbstbehauptung nach innen und außen. Er weist auf das Ergebnis der Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 hin, womit das Rätoromanische einstimmig zur vierten Landessprache erhoben wurde. Die Gleichberechtigung der verschiedenen Sprachen bilde eine selbstverständliche Voraussetzung der mehrsprachigen Schweizer Gemeinschaft. Die Zersplitterung auf fünf Schriftsprachen und das Fehlen einer einheitlichen romanischen Schriftsprache erschwere den Bestand der rätoromanischen Sprache und Kultur; ebenso der Rückgang des Bergbauerntums mit der Abwanderung aus den Bergtälern und der sprachlichen Vermischung in den großen Wirtschaftsmittelpunkten. Lebten 1950 etwa ein Fünftel oder 8000 Romanen als Minderheit in solchen Gemeinden, so 1960 bereits ein Drittel oder rund 12.500 in Gemeinden mit anderssprachigen Mehrheiten. Dies erfordert eine verstärkte Tätigkeit zur Erhaltung des romanischen Denkens und Fühlens.

Das Programm zur Förderung des Rätoromanischen sieht Herausgabe von Zeitschriften, Gründung neuer Ortsgruppen, Förderung des literarischen und musikalischen Schaffens, des Volkstheaters, Eingliederung Anderssprachiger in romanischen Gemeinden durch Erteilung von Sprachkursen, Vortragswesen und Dorfpflege, Führung romanischer Kindergärten, Romanisch-Unterricht auch in deutschen Grundschulen, Förderung der Kinder-, Jugend- und Theaterliteratur, Herausgabe von Wortverzeichnissen des Alltags, Ausbildung von Kindergärtnerinnen. Der Aufwand der Durchführung des erwähnten Programmes erfordert 384.000 Franken, denen nur Einnahmen in Höhe von 264.000 Franken gegenüberstehen, so daß sich ein Fehlbetrag von 120.000 Franken ergibt. Bei einer Erhöhung des Bundesbeitrages auf 170.000 Franken erwartet der Bund eine Erhöhung des Kantonsbeitrages auf 120.000 Franken. Die Tagung der Kommission des Ständerates in Sarnen im Beisein von Bundesrat *Tschudi* im 16. und 17. August 1968 beriet die Gewährung der jährlichen Subvention an die Ligia romantscha/Lia rumantscha. Sie betrachtet die Erhaltung der rätoromanischen Sprache und dieses Kulturgutes als wichtige nationale Aufgabe und schlug daher dem Ständerat über die Vorlage des Bundesrates auf eine Subvention von 170.000 eine solche von 190.000 Franken vor.

(NZZ, 29. Mai und 21. August 1968)

Das Rätoromanische im Schweizer Rundfunk

Mit Anerkennung der romanischen Sprachen Graubündens als vierte schweizerische Landessprache wurden 1938 diese in die regelmäßigen Programme des Senders Zürich des schweizerischen Rundrucks eingebaut. Der damalige Sendeleiter *Jakob Job* fand für die Sendungen für die Rätoromanen in Dr. *Adolf Ribi* einen geeigneten Mann. Dieser leitete vom 1. Oktober 1943 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Januar 1968 neben anderen Aufgaben den Ausbau der rätoromanischen Sendungen. Dabei stand ihm eine romanische Programmkommission im Bündnerland zur Seite, an deren Spitze der Präsident der Lia Rumantscha, Dr. *Robert Ganzoni*, stand. Dann erfolgte 1946 in Chur die Gründung der romanischen Radiogesellschaft, aus welcher die *Cumtanza Radio Rumantsch* hervorging, an deren

Sitzungen Dr. Ribí teilnahm. Mit Beginn des Sommersendeplanes 1968 hat die Cumünanza Radio Rumantsch die Obhut über die romanischen Sendungen von Studio Zürich übernommen.

Die aus der Verschiedenheit der Idiome, Konfessionen, Talschaften und Gemeinden erwachsenden Schwierigkeiten hat Dr. Ribí geschickt überwunden und die Vielfalt im Radioprogramm zur Geltung gebracht. Heute hat das Rätöromanische im Schweizer Radio ein vollkommen ausgebautes allseitiges eigenständiges Programm.

SOWJETUNION

The Livian Language

In one of its broadcasts in Swedish this spring Radio Riga, Latvian SSR gave the following information on the Livian language:

"The Livians who are also called Libiesji belong to the Finnic-Ugric population group. Their language belongs to the southern branch of the Finnish languages. Its nearest relative is Estonian. The Livians formerly inhabited the northern part of Latvia. The old name for their area, Livonia, bears witness to this. We now call this area Vidzeme. Some of the Livians inhabited the western part of Latvia at the sea.

About a hundred years ago the Livians from the northern part of Latvia lost their national character and assimilated with the Latvians. But in the western part of Latvia at the coast there are still about five hundred Livians. There are twelve fishing-hamlets where the families still speak the Livian language. The assimilation process is going on, however, and few young persons speak the old language.

The University of Tartu, Estonia is particularly active investigating the Livian language. Since 1949, groups of linguists visit the Livian hamlets. Livian folksongs have been preserved till our days... A Livian folk song troupe is active in Latvia. The Institute for the Investigation of Folklore of the Latvian Academy of Sciences is working for the preservation of the Livian cultural heritage."

According to the Atlas Narodov Mira, the language is spoken in a narrow strip along the coast from the town of Kolka about 45 kms. westward. Kolka is on the tip of the peninsula west of the Riga Bay.

(Thomas Lundén, *Eca Bonniers gata 10 VI, Hågersten, Schweden*)

SPANIEN

Die Galicier in Spanien

Neben den in Spanien bestimmenden Kastiliern sind die Volks- und Sprachgruppen der Katalanen und Basken als eigenbewußte Völkerschaften bekannter als die Galicier, die eine einheitliche, in vier Provinzen aufgeteilte Landschaft bewohnen: La Coruna, Pontevedra, Lugo und Orense. Die Wirtschaftslage hat dazu geführt, daß heute neben über 2,5 Millionen Galicieren in diesen vier spanischen Provinzen nahezu zwei Millionen im Ausland oder außerhalb der Heimatprovinzen leben. Die in Galicien gesprochene Sprache, das Gallego, steht dem Portugiesischen nahe und gehört mit dem Okzitanischen, Provenzalischen und Katalanischen zu den romanischen Sprachen, die eine hochangesehene mittelalterliche Literatur und Lyrik besitzen. Mit dem Vordringen des Kastilischen als Hof- und Amtssprache sank das Gallego zur Volkssprache. Es wurde die Umgangssprache der Bauern und Arbeiter, während die Städter es wohl beherrschen, aber das Kastilische bevorzugen, und im Verkehr zwischen Bauern und Arbeitern mit der Oberschicht ein Castrapo genannter Mischdialekt gesprochen wird. Aber auch heute ist Gallego ebenso wie Katalanisch und Baskisch eine Literatursprache und wird außer in Galicien besonders in Buenos Aires als Hauptmittelpunkt der galicischen Auswanderung verwendet. Die Gallego-Literatur veröffentlicht besonders Lyrik, Erzählungen, historische und religiöse Werke.

Neben bestimmten Sprachrechten würde eine Regionalisierung den Lebensinteressen Galiciens, das wirtschaftlich zurückgeblieben ist, sehr nützen. Solange aber in Madrid die Wünsche der Catalanen, Galicier und Basken in Spanien als Separatismus und von der Berichterstattung als Nationalismus verdächtigt werden, ist die Erfüllung der Bestrebungen schwierig.

Actions contre les Basques

Dans les trois provinces basques d'Espagne, Biscaye, Guipuzcoa et Alava, qui forment un territoire de 7268 km² avec environ 1,3 million d'habitants, la moitié de ceux-ci appartient au groupe ethnique basque; 120.000 autres Basques vivent dans la France voisine. Les Espagnols les appellent Vascos, eux-mêmes se nomment Euskladumak. Ils ont fermement conservé leur nationalité et leur langue, montrent de fortes particularités et sont peu influencés par les populations voisines. Les provinces basques furent rattachées en 1202 à la Castille mais conservèrent jusqu'en 1876 des privilèges étendus, les «fueros», dont les restes considérables furent abolis en 1939 seulement. Le basque est la seule langue vivante de l'Europe occidentale qui ne soit pas indo-germanique. Les Basques ont produit beaucoup d'hommes remarquables; l'actuel général des Jésuites, le père Arrupe, se présente fièrement comme Basque. Durant la guerre civile, les Basques proclamèrent leur propre République, mais dont le président, José Antonio Aguirre dut fuir à Paris avec ses ministres après la victoire de Franco. Sauf quelques exceptions, le séparatisme n'existe pas chez les Basques espagnols; le Mouvement basque se dresse bien plutôt contre l'oppression linguistique et vise au rétablissement des privilèges abolis et à un régionalisme en face du centralisme de Madrid. Ces derniers mois accusèrent, dans les provinces basques, une nouvelle recrudescence d'agitation qui provoqua une série d'actions policières ainsi que des démonstrations et des procès.

A la mi-mars, l'activiste basque Sabino Arana tomba dans un piège de la police espagnole et, immédiatement, des membres du parti autonomiste basque ETA, interdit, furent arrêtés à Pampelune, Vitoria et dans quelques monastères. Lundi de Pâques on mobilisa une masse impressionnante de policiers, principalement dans la ville de Saint-Sébastien, contre l'«Aberrri Eguna», le jour de la patrie basque, qui avait été annoncé, mais que le gouverneur civil avait interdit. Plus de 200 personnes furent appréhendées, parmi lesquelles plusieurs prêtres. La méfiance croissante du gouvernement de Madrid vis-à-vis du fédéralisme basque pourrait venir des contacts avec les commissions ouvrières, de l'union des efforts nationalistes, régionalistes et sociaux. Si, deux ans plus tôt, des prêtres catalans surtout comparaissaient comme accusés devant le Tribunal de l'ordre public à Madrid, c'était maintenant au tour des prêtres basques. Le curé de Bermeo, par ex., fut condamné à 25.000 pesetas d'amende pour être intervenu dans un sermon en faveur des manifestants basques; quatre prêtres, qui avaient participé à un cortège basque à Villafranca de Oria, furent punis d'emprisonnement jusqu'à un an; au procès, l'un d'eux ne répondit qu'en basque. Des prêtres jésuites de Pampelune et de Bilbao furent reconnus comme agents de liaison des autonomistes basques, mais, dans leur cas, la police se borna à les faire transférer dans une autre résidence jésuite qui fut chargée de les garder. On apprit à cette occasion que la police surveillait 69 maisons dans la seule ville de Bilbao, et un plus grand nombre dans les environs, entre autres beaucoup de maisons de prêtres à cause des allées et venues d'autonomistes basques. Le 23 juin 1968, quatre jeunes Basques furent arrêtés par la police parce qu'ils distribuaient des tracts interdits qui étaient, comme en d'autres lieux, un appel à une manifestation à l'occasion d'une messe de requiem en faveur de l'activiste basque Javier Echeverrieta qui venait de mourir.

Le 5 août 1968, le gouvernement espagnol décréta pour trois mois l'état de siège sur la province de Guipuzcoa, supprimant ainsi les droits fondamentaux garantis par la constitution, après l'assassinat dans sa maison, le 3 août 1968, du chef local de la police politique Manzanos Gonzales. Ce n'est pas du tout sûr que des motifs politiques en aient été la cause véritable. Bref, plus de 200 chefs basques, et parmi eux beaucoup de prêtres, furent arrêtés dans la première moitié d'août. Le Saint-

Siège invita les prêtres basques à se tenir en dehors de la politique et il demanda en même temps aux autorités espagnoles de ne pas confondre les prêtres avec des conjurés et de céder à l'Église le pouvoir disciplinaire sur les prêtres incarcérés. Dans une lettre à l'évêque de Bilbao, Pablo Curpide Beope, de nombreux prêtres basques élevèrent des plaintes graves contre les empiétements et le terrorisme de la police. A Genève, la conférence internationale des juristes manifesta le 20 août 1968 son inquiétude devant la remise en vigueur de la loi de 1960 sur «le brigandage et le terrorisme» avec procédure accélérée des tribunaux militaires, devant l'oppression policière dans les provinces basques et surtout devant les importunités contre les avocats. L'évêque de Saint-Sébastien, Mgr Bereciartua, souligna, dans sa lettre pastorale du 31 août 1968, que les visites domiciliaires et les arrestations de prêtres des Basques équivalaient à une rupture du concordat. Les Basques modérés, principales victimes du régime policier, appuyent sur le fait que, depuis des siècles, les Basques sont un pilier du royaume espagnol. Ils exigent le respect des particularités basques et la reconnaissance de leurs droits traditionnels dans un sain régionalisme au lieu d'un dirigisme et d'un centralisme oppresseurs.

Kataloniens Suche nach Eigenständigkeit

Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlichte am 26., 27., 28. April und 9. Juni 1968 inhaltsreiche Artikel über Barcelona und Katalonien. Aus ihnen zitieren wir einige auf das sprachlich-kulturelle Problem bezügliche Stellen. „In fast jeder Hinsicht steht Barcelona in Gegensatz zu Madrid. Barcelona ist eine Stadt des Handels und der Industrie, während Madrid als Zentrum der Verwaltung gegründet wurde. Barcelonas Einwohner sehen den Aufschwung ihrer Stadt zur wichtigsten Industriestadt am Mittelmeer als eine Folge katalanischen Fleißes, katalanischer Zielstrebigkeit, katalanischer Bildungsfreudigkeit an...“ Ein zweiter Artikel erörtert die Probleme der Zuwanderung für Barcelona und die Katalanen. „Es gibt Quartiere, die zu 95% von Zuwanderern bewohnt werden. Es wimmelt von Andalusiern, von Leuten aus der südlichen Levante, Murcia und Almeria; es gibt Zuwanderer aus Aragon und Kastilien, wo sich ganze Dörfer zu entleeren beginnen; die neueste Welle kommt aus Galicien und bringt ihre eigene Sprache und ihre besonderen Charakterzüge mit... Da Katalonien seine eigene Sprache spricht, besteht ein Maßstab für den Grad der Einbürgerung darin, ob die Zuwanderer oder ihre Kinder und Enkel die Sprache des Landes sprechen lernen oder nicht. Man kann annehmen, daß heute ein gutes Drittel bis zur Hälfte der Großstadt kein katalanisch sprechen und etwa ein knappes Drittel der Bewohner des industrialisierten Teils der Provinz. In der Praxis gibt es auch da Nuancen aller Art: es gibt Zuwanderer, die katalanisch verstehen lernen und wohl auch präkar zu verwenden beginnen; doch sie stoßen auf die Schwierigkeit, daß die Katalanen ihrerseits kastilisch einwandfrei beherrschen und daß sie daher sofort auf spanisch umschalten, sobald sie sich Rechenschaft darüber geben, daß sie mit einem Nichtlandmann sprechen. Andererseits gibt es Katalanen, die ihre Sprache fast nur für den Hausgebrauch verwenden. Eine volle Generation ist seit dem Bürgerkrieg in die Schulen gegangen; sie hat nur spanisch gelernt, und für viele Jüngere hat dies zur Folge gehabt, daß das Spanische ihre Schriftsprache wurde. Katalanisch zu lesen erscheint manchem beschwerlich; es zu schreiben haben sie nie gelernt, und viele geben offen zu, daß sie es nicht können... Die massenhafte Zuwanderung verursachte in Barcelona nicht nur soziale Probleme, sie bedeutet gleichzeitig auch ein politisches, die Katalanen sagen sogar ein ‚nationales‘ Problem. Aus dem Buch des Kenners *Candel* (Francisco *Candel*, *Los otros catalanes*. Ediciones Peninsula, Barcelona 1965. Katalanische Ausgabe: *Els altres catalans*. Ediciones 62, Barcelona, bereits in 9. Auflage) geht hervor, daß im großen und ganzen die Zuwanderer willig sind, sich in Katalonien einzugliedern... Eine andere Notwendigkeit, die *Candel* hervorhebt, wären Schulen, die katalanisch unterrichten. Er vergleicht die Schulbücher auf katalanisch, die er selbst als Knabe vor und während des Bürgerkrieges brauchte, mit den kastilischen seiner jungen Tochter. Die seinen wurden ihm vom Staat geliefert, für die seiner Tochter muß er bezahlen. Die katalanischen waren,

wohl auch nach französischem Vorbild, ernsthafte und anregende Lehrbücher, von den heutigen sagt er bloß, daß sie unvergleichlich schlechter seien... Die Zeit der katalanischen Schulen war eine des ‚Unterrichtes auf europäischem Niveau‘, sagt *Candel*, der diese Schulen durchgemacht. Wir müssen alles tun, um wieder zu einer solchen Lage zurückzukehren.“

In einem dritten Artikel, „Dialog unter Schriftstellern“, geht es um die Eigenständigkeit Kataloniens. „Seitdem die Vorzensur für die spanische Presse und für spanische Buchpublikationen aufgehoben ist, kann das Problem der Besonderheit Kataloniens innerhalb Spaniens — solange man die gebührende Vorsicht walten läßt — wieder öffentlich diskutiert werden. Die Presse kann dieses immer noch heiße Eisen nur ganz im Vorübergehen berühren; für Buchpublikationen herrscht größere Freiheit, wengleich sich natürlich die Autoren dem Gegenstand von der Kultur, von der Geschichte und von der katalanischen Sprache nähern und allen politischen Forderungen aus dem Wege gehen müssen.“ Der Berichterstatter weist auf die zuerst in einer Tageszeitung in Barcelona und dann als Buch erschienenen 15 Artikel unter dem Titel „Consideración de Cataluna“ von dem Philosophen Julian *Marias* hin. Dieser Madrider Besucher hebt hervor, daß die Katalanen ihre eigene Sprache sprechen müssen und sollen, weil sie nur in ihr ganz selbst zu sein vermögen. „Spanien gewinnt, wenn die katalanische Sprache kultiviert wird und an Reichtum und Ausdruckskraft zunimmt: Die Katalanen fühlen sich nicht als Spanier katalanischer Art, sondern als Katalanen primär und unmittelbar... Sie können nicht an Spanien herankommen, es sei denn durch Katalonien hindurch.“ *Candel* vermutet, daß die Katalanen, wenn sie das „Spanische“ als „kastilisch“ bezeichnen, ihr katalanisch als eine andere, gleichwertige Sprache der iberischen Halbinsel neben das „Kastilische“ stellen wollen. Zu diesen beiden gesellen sich das Baskische und das Galicische (bzw. Portugiesische); sie sind von Katalonien aus gesehen alle vier gleichberechtigt... Dagegen argumentiert *Marias*, daß spanisch schließlich auch die Sprache der Katalanen sei, sie lebten wie in einem Haus mit zwei Stockwerken. Im Grundgeschoß regiere das Katalanische, im oberen Stockwerk die spanische Welt-sprache.

Dagegen schrieben Entgegnungen Maurici *Serrahima* mit der Schrift „Realidad de Cataluna“ und Julian *Marias* mit der Schrift „Consideración de Cataluna“. Sie schreiben, kastilisch sei eine Fremdsprache für die Katalanen; sie dächten und empfänden katalanisch, wenn sie auch das Spanische noch so beherrschten... Kastilisch erfülle seine Rolle als „Esperanto der Iberischen Halbinsel“... Es ist deutlich, daß unter diesen Umständen das von der Regierung in Madrid auferlegte Gebot, für öffentliche Zwecke spanisch zu verwenden, Ressentiments hervorruft. Es gibt in Katalonien keinen Schulunterricht, keine Filme, keine Radio- und Fernsehprogramme, keine Ladenschilder, keine Tageszeitungen auf katalanisch. Es darf sie nicht geben... Seit Jahren gibt es wieder Bücher auf katalanisch... Es gibt auch schon katalanische Wochenschriften und Illustrierte. Die Schulen der Stadt Barcelona richteten kürzlich eine Umfrage an die Eltern, ob diese fakultativen Unterricht ihrer Kinder im Katalanischen wünschen, und die Mehrheit der Eltern stimmte dafür. Man nimmt an, daß ein freiwilliger Unterricht auf bescheidener Basis demnächst wird beginnen können... Die wenigen Lockerungen der strengen, seit nun schon fast 30 Jahren auferlegten Drosselung des Katalanischen haben gezeigt, daß die Sprache und mit ihr der potentielle Wunsch nach mehr oder minder weitgehender Selbstverwaltung in Katalonien so lebendig sind wie je zuvor.

„Kataloniens Land und Geschichte“ heißt der letzte Artikel. Daraus sei zitiert: „Nicht nur die Landschaft ist diesseits und jenseits der Pyrenäen im wesentlichen die gleiche; auf beiden Seiten wird auch die gleiche Sprache gesprochen: katalanisch. Die Welt erinnert sich selten daran, und Madrid hat es weitgehend vergessen, aber in Barcelona weiß es jedermann: das Roussillon und ein Teil der Cerdagne sind erst 1659 von Madrid an Frankreich abgetreten worden. In den Buchläden von Barcelona findet man Ausgaben mit den Werken der katalanischen Dichter und Schriftsteller beider Regionen. Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit ist noch immer wach. Es gründet sich auf die Sprache und auf die Geschichte.“

und die Möglichkeit ihres nationalen Lebens und der Entfaltung ihrer Eigenart verbürgt. Es befürwortet eine angemessene Repräsentation im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Leben, in den gewählten und Vollzugsorganen. Es fordert die Schaffung rechtlicher und institutioneller Voraussetzungen, damit die einzelnen Nationalitäten die Möglichkeit haben, sich zu spezifischen Fragen des Schulwesens der Nationalitäten zu äußern. Es spricht sich auch dafür aus, daß vom Gesichtspunkt der nationalen Erfordernisse wissenschaftliche und kulturelle Institutionen und Arbeitsstätten errichtet werden. Ein ernstes Problem ist die politische Repräsentation der nationalen Minderheiten... Nur maximale Toleranz gegenüber den nationalen Interessen kann zu umfassender Annäherung unserer Nationen und Nationalitäten führen."

Die „Volkszeitung“ berichtet am 18. Oktober 1968, daß das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften auf seiner Sitzung am 14. Oktober beschloß, Fritz Schalek zum neuen Chefredakteur zu ernennen. Dieser drückte in einem Gespräch über die Leistung des Blattes im Ablauf von 17 Jahren und seine weiteren Aufgaben die Hoffnung aus, daß der Wunsch nach einer Tageszeitung für die Deutschen der Tschechoslowakei nur aufgeschoben und nicht aufgehoben sei. In der gleichen Blattfolge wird ein Gespräch des Redakteurs Matyas Samogyi der ungarischen Zeitung „Uj szó“ mit dem Mitglied der Fachkommission der Regierung zum Nationalitätengesetz Dr. Vilem Plecsa hatte.

Unter dem Motto „50 Jahre unserer Politik“ steht die „Volkszeitung“ am 25. Oktober 1968. Karl Havránek schreibt im Leitartikel „50 Jahre gemeinsamen Lebens“: „Der 28. Oktober hat für Tschechen und Deutsche dieses Landes unterschiedliche Bedeutung... Es gehört zur Tragik der letzten Jahrzehnte, daß die Deformationen des Sozialismus, die alle Nationen und Schichten unserer Bevölkerung betrafen, und die in den fünfziger Jahren gipfelten, trotz guter Voraussetzungen eine befriedigende Lösung der nationalen Probleme im Geist des proletarischen Internationalismus verhinderten. Die unmarxistische Theorie der „sozialistischen Assimilierung“, wonach die deutschen Bürger kein ethnisches Ganzes mehr bildeten, degradierte sie zu zweitrangigen Angehörigen des Staates und trieb sie in die Isolierung... Dann kam der Jänner 1968... Das Aktionsprogramm der kommunistischen Partei, die Regierungserklärung, der Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes und des Gesetzes über die Stellung der Nationalitäten, die am 50. Jahrestag der Republik beschlossen werden sollen, geben den Deutschen dieses Landes die große Chance, gleichberechtigte Bürger unseres sozialistischen Staates zu werden, der auch ihre Heimat ist. An diesem 28. Oktober kann der Grundstein zu einer glücklicheren Zukunft — zur wahren Gemeinschaft der Völker und Nationalitäten der Tschechoslowakei gelegt werden.“

Am 27. Oktober 1968 wurde in feierlicher Sitzung von der Prager Nationalversammlung am Hradschin die Umwandlung des tschechoslowakischen Staates in eine Föderation von böhmischen Ländern und der Slowakei als zwei gleichberechtigten Republiken beschlossen. Die anwesenden 265 Abgeordneten der Nationalversammlung nahmen ebenfalls einstimmig ein Gesetz an, das die Rechte der nationalen Minderheiten — zu diesen gehören die ungarische, deutsche, ukrainische, polnische Gruppe — in der Tschechoslowakei regelt. Damit ist eine Regelung geschaffen, die bereits 1918 fällig war und rechtzeitig erlassen, die Entwicklung der letzten 50 Jahre anders mitbestimmt hätte.

Die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei

Die seit Jahresbeginn sich abzeichnende Demokratisierung und Liberalisierung in der Tschechoslowakei hat einerseits zu einer Abklärung des Verhältnisses von Tschechen und Slowaken und in Richtung auf eine Föderalisierung geführt, andererseits auch die Revision und Rehabilitierung einzelner Minderheiten und Neuregelung der Stellung der Nationalitäten in die Wege geleitet. In die Slowakei tritt dies in der Diskussion um die Rechte der ungarischen Minderheit zutage, und zwar sowohl in positiver Hinsicht wie in Polemiken.

Das von Staatspräsident Benesch vorgelegte Kaschauer Programm von 1945 sprach bestimmten Minderheiten kollektiv die Staatsbürgerschaft ab und entkleidete sie aller Rechte. Neben den Sudetendeutschen, von denen über drei Millionen enteignet, verfolgt und ausgesiedelt wurden und von denen heute nur mehr ein Restbestand von rund 125.000 in der alten Heimat lebt, wurde davon auch die magyarische Volksgruppe in der Slowakei betroffen; und zwar sowohl in den Gebieten der 1938 bis 1945 bestehenden Republik Slowakei wie in den zu dieser Zeit Ungarn im Wiener Schiedsspruch zugewiesenen Landesteilen, dem ungarisch Felvidék genannten Oberungarn, das seit 1918 ebenfalls zur Tschechoslowakei gehörte. Es kam gegen die Ungarn zu ähnlichen Maßnahmen wie gegen die Sudetendeutschen, insbesondere in den Städten, zu Austreibung aus Wohnungen und Einweisung in Sammellager, und ihre Aussiedlung war geplant. Es erschienen eine Reihe ähnlicher Gesetze wie gegen die Sudetendeutschen.

Ähnlich wie in Rumänien griff Moskau auch in Prag und Preßburg zugunsten der Ungarn ein, und es kam zu Verhandlungen zwischen Prag und Budapest über einen Bevölkerungsaustausch, der die Magyaren der Slowakei nach der Volksrepublik Ungarn und die Slowaken in Ungarn in die Tschechoslowakei umsiedeln sollte. Während jedoch auf dem tschechoslowakischen Territorium um 700.000 Ungarn lebten, so auf ungarischem Staatsgebiet nur rund 180.000 Slowaken. Gleichzeitig mit den Austauschverhandlungen lief eine Reslowakisierungsaktion, bei der sich angeblich mit Unterschriften über 400.000 Magyaren in der Slowakei zum Slowakentum bekannt haben sollen.

Zwischen November 1946 und Februar 1947 kam es, ungeachtet der im Februar 1946 zwischen Prag und Budapest abgeschlossenen Vereinbarung über einen Bevölkerungsaustausch, der aber von ungarischer Seite hinausgezögert wurde, zur Deportation von nahezu 25.000 Magyaren aus der südlichen Slowakei nach Böhmen und Mähren, wo sie als Arbeitskräfte in den entleerten, bisher sudetendeutschen Gebieten untergebracht werden sollten. Die Deportierten blieben aber nicht dort, sondern kehrten nach und nach wieder zurück. Während in Ungarn sich rund 60.000 Slowaken für eine Umstellung in die Slowakei meldeten, waren in der Slowakei mehr als 100.000 Magyaren zur Aussiedlung bestimmt worden, von denen tatsächlich rund 69.000 aussiedelten und annähernd 10.000 weitere sich freiwillig zum Verlassen entschlossen, weil sie keine Zukunft vor sich sahen. So verblieben dennoch weiter rund 600.000 Magyaren in der Slowakei sesshaft, die entlang der ungarisch-slowakischen Staatsgrenze und besonders auf der Schüttinsel Bevölkerungsmehrheit sind.

Ende 1948 wurde den in der Tschechoslowakei verbliebenen Minderheiten die Staatsbürgerschaft wiedergegeben, aber die volle Rechtsgleichheit erhielten die Nationalitäten noch nicht, wenn auch verschiedene weitgehende Zugeständnisse und Rechte; auch die Verfassung von 1960 brachte Rechtsgleichheit. Es erfolgte 1948 die Gründung des Csemadok, des Kulturverbandes der ungarischen Werktätigen in der Slowakei, welcher das Schul- und Kulturwesen der ungarischen Minderheit wieder einrichtete. In der Tageszeitung „Uj szó“ (Neues Wort) hat die ungarische Minderheit ihr Hauptorgan. Nach der offiziellen Zählung gibt es 560.000 Ungarn in der Slowakei, tatsächlich dürften es zwischen 600.000 und 650.000 sein, das ist immerhin rund ein Sechstel der Bevölkerung der Slowakei.

Unmittelbar nach den bekannten Äußerungen des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei im Jänner 1968 bekannte sich der Csemadok dazu und legte zugleich Vorschläge für eine Lösung der Minderheitenfrage vor. In diesen wird volle Gleichberechtigung wie für Tschechen und Slowaken auch für alle Nationalitäten gefordert, politischer Rechtsbereich der Nationalitätenrechte in der Verfassung, Selbstverwaltungsprinzip und Festlegung der Nationalitätenrechte in der Verfassung, weitere Außerkräftsetzung und Revision aller seit 1945 erlassenen diskriminierenden Gesetze und Verordnungen, Schulfreiheit, Interessenvertretungen für die Nationalitäten, ein Nationalitätenausschuß im Parlament in Prag und in Preßburg. Die ungarische Sektion des Slowakischen Schriftstellerverbandes unterbreitete ähnliche kulturelle Vorschläge. Von ungarischer Seite wurde auch betont, daß man ihre kompakte

Volksgruppe nicht mit den kleinen polnischen und ukrainischen Volkssplintern gleichsetzen könne und ihnen eine entsprechende Vertretung in den gewählten Körperschaften und in der Verwaltung gebühre.

Im Zuge des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses folgten auf die Kundgebungen der Nationalitäten, die eine positive Einstellung zur gesamtstaatlichen Entwicklung bezeugten, dann eine Reihe von Stellungnahmen der Partei- und Regierungsspitzen zur Nationalitätenfrage. Ministerpräsident Černík erklärte in einem Radio- und Fernsehinterview am 20. April 1968, es würde allen Nationalitäten die gleiche Möglichkeit der Entwicklung zugestanden werden, die Tschechen und Slowaken besitzen. Staatspräsident Štroboda sagte am 22. April in Preßburg/Bratislava/Pozsony, gleichzeitig mit der verfassungsmäßigen Neuordnung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken müßten auch die notwendigen Bedingungen des nationalen Lebens für die nationalen ungarischen, polnischen, ukrainischen und deutschen Minderheiten gelegt werden, denn alle Bürger sollen sich in gleicher Weise daheim und wohl fühlen, ihre Persönlichkeit entfalten und von ihren Fähigkeiten den besten Gebrauch machen können. Begangene Gesetzwidrigkeiten müßten an allen Bürgern gutgemacht und die Rehabilitierung durchgeführt werden. Im Prager Parlament erklärte Ministerpräsident Černík am 24. April bei der Vorlage des Regierungsprogramms, daß eine Neugestaltung des tschechoslowakischen Staates auf föderativer Grundlage erforderlich sei und daß gesichert werden müßte, daß die Nationalitäten am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und öffentlichen Leben des Staates gleichen aktiven Anteil wie Tschechen und Slowaken nehmen können. In Zusammenarbeit mit dem Slowakischen Nationalrat werde die Prager Regierung Vorschläge für die Sicherung der Gleichberechtigung der Ungarn, Polen, Ukrainer und Deutschen ausarbeiten, welche Garantien für die Entfaltung ihres nationalen Lebens und ihrer nationalen Eigenständigkeit bieten. Es kam dann auch zur Einsetzung entsprechender Parlaments- und Parteausschüsse, welche seitdem auch die Arbeit aufgenommen haben.

In der Zeitung der ungarischen Minderheit „Uj stó“ erschien ein Gespräch, das Redakteur Matyas Samogyi zur Zeit der Vorbereitung des Nationalitätengesetzes mit dem Mitglied der Fachkommission der Regierung Dr. Viliam Plevska führte. Darin wird festgestellt, daß man im Gesetz das Wort Nationalitäten statt des bisher üblichen national Minderheiten verwendet, um die volle Gleichberechtigung und nicht den Charakter eines Minderheitenrechtes auszudrücken. Dem Nationalitätengesetz wird verbindlicher Charakter eines Verfassungsgesetzes eigen. Die Unkonsequenz und die Fehler in der Nationalitätenpolitik der Vergangenheit, auch der unmittelbaren, lassen sich nicht weiter künstlich konservieren. Die Ungarn in der Tschechoslowakei erwarten, daß die gesetzlichen Maßnahmen über die Stellung der Nationalitäten konsequent verwirklicht werden und eine Entwicklung einleiten, welche die Spannung zwischen Slowaken und Ungarn beseitigt.

UNGARN

Es fehlt an Lehrern

„Neue Zeitung“ berichtet in der Folge vom 4. Oktober 1968 unter dem Titel „Erfreuliche Nachricht erwartet“ über Schwierigkeiten mit Lehrkräften für den Deutschunterricht. In der Gemeinde Szendehely unterrichtete seit Schulbeginn 1967/68 die Lehrerin Margit Gönczi zweimal wöchentlich in deutscher Sprache. Sie wohnte in Budapest und kam gereist, aber dann konnte sie nicht mehr kommen. In der Umgebung fand sich kein Deutschlehrer. Dann erbot sich die Junglehrerin Eva Juhász, die eben in Rostock in Mitteldeutschland ihr Praktikum machte und in Zebegény daheim war, ab Herbst zu unterrichten. Da sie aber eine Stelle an der Hochschule bekam, konnte sie nicht kommen. Eine junge Deutschlehrerin, Monika Fritz, aus dem Komitat Tolna konnte nicht kommen, weil sie eine Stelle in Fegyvernek erhielt. Eine junge Lehrerin aus Dunabogdány wurde vertröstet und nahm eine Stelle in Kisorozsi an. „Neue Zeitung“ schreibt, daß in der Zeitschrift des Ministeriums

für Bildungswesen „Köznevelés“ vom 6. September 1968 eine Zuschrift des Deutschlehrers Wilhelm Wér stand: „Im vorigen Jahr absolvierte ich die Deutsche Fakultät der Hochschule für Lehrerbildung in Pécs/Fünfkirchen. Ich und meine elf Kollegen haben bisher noch keine Deutschlehrer-Stellung bekommen. Wir sind jetzt auf anderen Arbeitsgebieten tätig. In der vorigen Nummer der Zeitschrift Köznevelés schrieb man zwei Stellen im Komitat Tolna aus, und der Deutsche Verband trug eine Stelle in Szendehely an. Warum brauchen die Schulen keine Deutschlehrer?“ Die Zeitung fragt: „Warum besetzen Wilhelm Wér und seine Kollegen diese Stellen nicht?“

ZYPREN

Nouveau contact entre les communautés de l'île

Lors des élections présidentielles à Chypre, le 26 février 1968, 93,5% d'électeurs ont voté, sur 247.500 votants inscrits, 220.911 voix, soit 95,5%, sont allées à l'archevêque Makarios, 8572 (3,7%) à son candidat opposé, le Dr. Evdokos et 0,8% des voix furent déclarées nulles. Chez les Cypriotes turcs il n'y eut pas de vote, le candidat opposé au vice-président formel turc Dr Küçük, Mehmet Zeka, ayant retiré sa candidature. Après cette votation, on s'était rapproché d'une période de négociations en vue de nouvelles formes de coexistence, après quatre ans, où les Turcs avaient vécu comme dans une enclave, et dans un état de tension entre les deux groupes ethniques. Dix jours après la réélection du président Makarios, les barrières tombèrent dans le secteur turc de Nicosie et, partant, l'embargo économique et l'interdiction de sortie pour les membres de l'Administration personnelle turque furent levés. Le président cypriot grec du Parlement, Glavkos Clerides condamna, le 24 mars 1968, le concept de l'Enosis, donc le rattachement à la Grèce, comme «romantisme politique de teenagers». Les Cypriotes turcs se montrèrent satisfaits des mesures prises, qu'ils considèrent comme un pas vers le rétablissement d'une situation conforme à la Constitution.

Pour ce qui regarde la solution du problème de Chypre, le président Makarios a remis au secrétaire général des Nations Unies, U Thant, un projet dont aussi bien le public que les Cypriotes turcs ignorent le contenu. Selon des indiscrétions, il pourrait s'agir d'une sorte de loi cadre ne connaissant plus le droit de veto cypriot turc, mais accordant, dans un appendice, des privilèges spéciaux — p. ex. autonomie religieuse et culturelle, dans l'instruction également, la délégation d'une administration personnelle dans certaines affaires précisées pour des colonies turques prédominantes, un poste de ministre et un nombre de sièges au Parlement correspondant au chiffre de la population. Mais on ne sait rien de plus précis.

Au début de juin, les deux communautés de l'île prirent contact pour la première fois, à Beyrouth, depuis les dissensions qui avaient éclaté quatre ans et demi auparavant. Le président cypriot grec du Parlement, Glavkos Clerides rencontra le vice-président de l'enclave administrative cypriot turc, Rauf Denktaşch qui, jusqu'il y avait eu deux mois, avait vécu en exil. Rien ne transparaît du contenu et depuis si longtemps déjà. La présidence était entre les mains du délégué spécial de l'ONU pour Chypre, le Mexicain Osorioatfall, dont les efforts avaient mis cette rencontre sur pied. Au cours d'entretiens ultérieurs, Clerides et Denktaşch discutèrent de la forme future de Chypre en accord avec la Constitution, particulièrement de la représentation turque aux services civils, au Parlement, à la Justice et à l'Exécutif. En tout, Clerides et Denktaşch se retrouvèrent quatre fois, alternativement dans les secteurs grec et turc de Nicosie.

La première phase des entretiens, qui ont affirmé une réforme de la Constitution comme base à la solution de la question de la minorité turque dans l'île, prit fin le 25 juillet. Les vieux problèmes relatifs à une scission de Chypre en deux semblent surmontés, avec le but d'un avenir commun gréco-turc dans une île de Chypre libre et neutre.

Materalien

Verfassungsgesetz über die Stellung der Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik hat im Hinblick darauf, daß das werktätige Volk der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, das die Quelle der gesamten Staatsmacht ist, im gemeinsamen Vaterland und in unzertrennlicher Gemeinschaft mit dem tschechischen und slowakischen Volk auch die ungarische, deutsche, polnische und ukrainische (russinische) Nationalität bilden, und daß diese Nationalitäten im Geiste der Politik der Nationalen Front schöpferisch an der Entwicklung des Landes teilnehmen und dabei auch eigene Formen ihres nationalen Lebens entwickeln.

im Bestreben, das brüderliche Zusammenleben und die Solidarität der Völker und Nationalitäten weiter zu vertiefen und zu festigen sowie den Nationalitäten Anteil an der Staatsmacht zu sichern und ihnen wirksame Garantien ihrer weiteren Entwicklung zu gewähren,

folgendes Verfassungsgesetz beschlossen:

Art. 1.

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik gewährleistet als gemeinsamer Staat des tschechischen und slowakischen Volkes und der auf ihrem Gebiet lebenden Nationalitäten im Geiste der sozialistischen Demokratie und des Internationalismus der ungarischen, deutschen, polnischen und ukrainischen (russinischen) Nationalität die Möglichkeiten und Mittel ihrer allseitigen Entwicklung.

Art. 2.

Die Nationalitäten sind angemessen ihrer Zahl in den Vertretungskörperschaften und anderen gewählten Organen vertreten.

Art. 3.

1. Den Bürgern ungarischer, deutscher, polnischer und ukrainischer (russinischer) Nationalität werden im Umfange, der den Interessen ihrer nationalen Entwicklung entspricht und unter den vom Gesetz festgelegten Bedingungen folgende Rechte gewährleistet:

- Das Recht auf Bildung in der Muttersprache,
 - Das Recht auf allseitige kulturelle Entfaltung,
 - Das Recht, ihre Muttersprache im amtlichen Verkehr in den von der betreffenden Nationalität bewohnten Gebieten anzuwenden,
 - Das Recht, sich in nationalen gesellschaftlich-kulturellen Organisationen zusammenzuschließen,
 - das Recht auf Presse und Informationen in ihrer Muttersprache.
2. Der Umfang und die Bedingungen der im Absatz 1 angeführten Rechte werden durch Gesetze bestimmt.

Art. 4.

- Jeder Bürger entscheidet frei nach eigener Überzeugung über seine Nationalität.
- Die Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität darf keinem Bürger im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zum Schaden gereichen.
- Verboten ist jede Form von Zwang, der auf Entnationalisierung gerichtet ist.

Art. 5.

Dieses Verfassungsgesetz wird durch Gesetze der föderalen Versammlung und Gesetze der Nationalräte durchgeführt.

Die Gesetze der Nationalräte bestimmen auch, bei welchen Vertretungskörperschaften und Vollzugsorganen Institutionen errichtet werden, die die Verwirklichung der Rechte der Nationalitäten gewährleisten.

Art. 6.

Die Bestimmungen des Art. 25 der Verfassung (Verfassungsgesetz Nr. 100/1960 Slg.) werden aufgehoben.

Art. 7.

Dieses Verfassungsgesetz tritt mit 1. Jänner 1969 in Kraft.

(„Prager Volkszeitung“, 1. November 1968)

Résolution votée à l'occasion de la 3e landesgemeinde walsler

A l'occasion de la 3e landesgemeinde walsler à Cressoney-St-Jean, les 7 et 8 septembre 1968.

Les représentants des communautés walsler du Val d'Aoste, du Piémont, du Valais, des Grisons, de St-Gall, du Tessin, du Liechtenstein, du Vorarlberg, de l'Allgäu.

Constatant que les villages walsler du Piémont et du Val d'Aoste (c'est-à-dire; Alagna/Land, Rima/Rimella, Macugnaga/Makanah, Formazza/Pomat, Cressoney-St-Jean, Cressoney-la-Trinité, Issime/Eischime) sont les seuls villages walsler en Europa dans lesquels la langue maternelle allemande n'est pas enseignée à titre obligatoire, en dépit de l'art. 6 de la constitution de la République italienne;

experiment le souhait que le gouvernement de la République italienne mette en application cet article, qui est l'expression d'un des principes essentiels de la démocratie.

Literaturberichte

Robert Lafont, Sur la France. Préface de Jacques Madaule, 261 pages. NRF Gallimard 1968.

Nous avons le plaisir de présenter un second ouvrage de Robert Lafont consacré à «l'histoire de l'unitarisme français moderne». «Sur la France» fait suite à «La Révolution régionaliste» — Gallimard, Idées nouvelles, 1967 — et le prolonge, en élevant l'étude du centralisme français du plan des faits socio-économiques à celui de l'idée nationale elle-même. On y retrouve les dons d'analyse et de synthèse d'une pensée très souple, qui épouse, sans jamais s'y égarer, tous les plis et replis de la typologie, les flux et reflux de l'histoire, les dans et les retenues de l'âme humaine et de la conscience ethnique.

L'ouvrage est divisé en cinq chapitres. Le premier traite «des deux types nationaux»: la nation primaire (ou ethnique) et la nation secondaire (ou politique). À la base de la nation primaire est l'ethnie, l'ethnie, dont Robert Lafont renouvelle en profondeur la définition. Si «le signe sûr de l'ethnie naissante est sa langue», «l'ethnie se fonde, non sur le fait brut de la langue, mais sur le sentiment linguistique», c'est-à-dire sur l'impression qu'ont les interlocuteurs en présence de parler la même langue. On échappe ainsi aux difficultés — que nous avions nous-même soulignées — du critère de l'inter-compréhension.

Mais l'ethnie n'est qu'une «pré-nation». La nation (primaire) exige encore «le fait culturel ou de civilisation (la nationalité)» et l'existence d'une «élite» incarnant la «conscience supérieure qui révèle la nation comme telle et en parachève le visage historique». Quant à la «nation secondaire», elle correspond à ce que nous nommons «state-nation»; c'est une création politique, qui se développe autour d'un pouvoir — souvent une dynastie — et a toutes chances par là-même de réunir, tel l'habit d'Arlequin, plusieurs «nations primaires» ou fractions de telles nations. Cependant la «nation secondaire», née d'événements fortuits, «sans préhistoire», acquiert souvent une solide réalité. Le fait culturel est aussi son apanage; il est erronément finaliste, et plus idéologique que dans le cas des «nations primaires»; et une élite apparaît qui le forge, de diffuse, le soutient.

Les chapitres suivants vont dérouler, sur l'exemple français, les rapports dialectiques entre les deux types de nations. Dans «France et Occitanie» (Chapitre II), l'auteur montre comment les pays d'oïl, animés par la dynastie capétienne, deviennent le noyau d'une «nation secondaire» englobant l'Occitanie militairement vaincue. «Du pré-carré à l'hexagone» (Chapitre III) n'est pas la répétition des manuels d'histoire de France, car l'agrandissement progressif du Royaume est présenté, ici, sous l'angle nouveau, combien plus pertinent, des anticipations successives sur les diverses ethnies allogènes: les restes de l'Occitanie, le Pays basque, la Bretagne, le Roussillon, l'Alsace, la Corse, la Flandre. Tout particulièrement heureux sont les Chapitres IV (L'aliénation provinciale) et V (L'aliénation nationale). Par cette symétrie élogieuse, Robert Lafont entend démontrer que l'aliénation — déjà

penpolitik in Kärnten seit 1945 bis einschließlich 1965. Mit großer Sorgsamkeit wird alles registriert, was in dieser Zeit vor sich gegangen ist, einschließlich der verschiedenen slowenischen Memoranden, der Auswirkungen des österreichischen Staatsvertrages von 1955 und der unerfüllten Zusagen, seinen Minderheitenartikel (Artikel 7) durchzuführen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Organisation der christlichen Slowenen (Volksrat) und den titokommunistischen Organisationen (Zentralverband) werden ausführlich dargestellt, wobei auch Versuche der titostischen Slowenen behandelt werden, die christlichen Slowenen als Organisation zu zerschlagen. Daß die Exilslowenen in Buenos Aires, die betont katholisch sind, mit den linksgerichteten Slowenen in Kärnten in scharfem Gegensatz stehen, ist begreiflich. Ob aber so schroffe Formulierungen, wie sie hier anzutreffen sind, nationalpolitisch gerechtfertigt werden können, muß füglich doch bezweifelt werden. In diesem Zusammenhang muß auch als wenig verständlich vermerkt werden, daß nur Publikationen der christlichen Slowenen im Literaturverzeichnis (das eher dürftig ist) aufscheinen, nicht aber solche des Zentralverbandes. Das Jahrbuch enthält noch viele andere Beiträge, aus denen man über die slowenischen Minderheiten in aller Welt, einschließlich der durch die kommunistische Verfolgung und Genocidpolitik entstandenen Flüchtlinge und Emigranten, viel erfährt. Das Buch ist somit sehr wichtig. Schade, daß es nur in slowenisch geschrieben ist und daher keinen größeren Leserkreis erreichen kann.

Heinz Burneleit, „Ich hab' mich ergeben...“, 80 Seiten lackierter Umschlag. Holzner-Verlag, Würzburg 1967

Der Untertitel dieser einem bekannten Gedicht aus der Zeit der deutschen Romantik dem Titel nach entnommenen Schrift besagt, daß es sich um eine Bestandsaufnahme zur Frage nach dem Vaterland handle, zusammengestellt nach Äußerungen deutscher Politiker, Wissenschaftler, Theologen und Schriftsteller. Nicht von ungefähr ist die bekannte Schrift des evangelischen Pastors Alexander Evertz („Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland“), die freilich boykottiert und auf die merkwürdigste Weise aus dem Verkehr gezogen worden ist, in diesem Büchlein weithin zitiert, denn Evertz hat die hier geäußerten Meinungen schon früher ausgesprochen und „Vaterland“ für den Bereich des deutschen Volkes mit „Volk“ gleichgesetzt. Die hier dargestellten und beantworteten Fragen sind vordringlich und für das deutsche Volk in der BRD zweifellos geradezu Existenzfragen. Wir zweifeln allerdings, ob die Verengung auf ein sehr verkleinertes deutsches Vaterland der Volkbezogenheit, von der Autor mit Recht ausgeht, noch gerecht werden kann. Das Büchlein hat auch zu geringem Umfang und Tiefgang, um die hier bedeutsamen Existenzfragen des deutschen Volkes wirklich zu durchforschen. Für Leser in der Bundesrepublik Deutschland mag es einen gewissen Wert haben. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Hannah Vogt, Nationalismus gestern und heute, Texte und Dokumente. 221 Seiten kart., Opladen (G. W. Leske Verlag) 1967

Die Verfasserin behandelt in diesem aufschlußreichen Buch den Nationalismus und daher auch die Nation im Wandel der Begriffe und politischen Ideen. Sie wendet sich dabei vor allem dem Nationalismus der Deutschen zu, bei welchem sie richtig zwischen einem überholten, volks- und staatsgefährdenden Nationalismus und einem nationalen Selbstbewußtsein unterscheidet, das den Deutschen heute vielfach abhandlungsgemäßen zu sein scheint, ohne welches sich die Deutschen aber von der Geschichte abmelden würden (S. 216), um nur noch Objekt der Welterpolitik zu werden und eine totale Verwahrlosung ihres nationalen Gefühls zu erleben. Am Beginn ihres faszinierenden Buches stellt die Verfasserin die Frage nach dem Vaterland (Pastor Evertz hierin nicht unähnlich), um sodann an Hand von Zeugnissen vieler Dichter, Politiker und Denker aus vielen Epochen und vielen Staaten und Völkern den edlen Kern der Nation herauszulösen, dem Leser dabei aber immer die Möglichkeit eigener Urteilsbildung lassend. Würden die Nationalisten diese Schrift aufmerksam lesen, so könnten sie dazu gebracht werden, dem expansiven Nationalstaatsdenken zu entsagen, dafür aber Volk und Nation in ihren inneren Werten als Bauelemente der Völkergemeinschaft zu erkennen.

Gesamtrezensent Dr. Theodor Veiter

Mitteilungen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen Communiqués de l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes

18. Kongreß der FUEV in Lienz, 11. bis 15. September 1968

In der Hauptstadt von Osttirol, das bis zur Teilung des Landes Tirol nach dem Ersten Weltkrieg ein Teil Südtirols war im Rahmen des historischen Landes Tirol, in Lienz, fand vom 11. bis 15. September 1968 der 18. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen statt. An dem Kongreß nahmen über 70 Vertreter von 24 der FUEV angeschlossenen Organisationen teil. Am Vorabend des Kongresses fand eine geschlossene Sitzung des Zentralausschusses statt, alle anderen Beratungen waren öffentlich. Vor dem Beginn der Tagung beantworteten in einer Pressekonferenz Generalsekretär Skadegard und Mitglieder des Zentralausschusses Fragen und gaben einen Überblick über die Tätigkeit der FUEV, welche fortgesetzt, was zwischen beiden Weltkriegen der beim Völkerbund akkreditierte Europäische Nationalitätenkongreß war.

Die festliche Eröffnungssitzung fand in Anwesenheit von offiziellen Vertretern des gastgebenden Landes Tirol und der gastfreundlichen Stadt Lienz statt. Geleitet wurde der Kongreß in Vertretung des erkrankten Präsidenten der FUEV, Altsenator Severin Casorri (Aosta), abwechselnd durch die Vizepräsidenten Pierre Laurent (Paris), Senator Dr. Friedl Volgger (Bozen) und Jes Schmidt (Apenrade). Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Prior (Innsbruck) erinnerte, daß der FUEV-Kongreß zum zweitenmal auf Tiroler Boden tagte. Er sei sich klar, daß Bozen oder Meran als Tagungsort angestrebt war, Lienz aber gehörte früher zum Kreisgericht Bozen, Finanzdirektion Brixen und Kreisgebiet Bruneck, so daß man nirgends Südtirol näher sei als hier. Die FUEV konnte leider 1958 nicht in Bozen und 1967 nicht in Görz tagen. Bei der Tagung 1958 in Innsbruck wurde von der FUEV der Wunsch ausgedrückt, die italienische Regierung möge durch eine echte Autonomie in Erfüllung des Pariser Vertrages in Verhandlungen mit der österreichischen Regierung das Problem lösen. Es sei nicht seine Aufgabe zu beantworten, wie weit man in den letzten zehn Jahren einer Verwirklichung nähergekommen sei. Vielleicht gelingt es, nachdem 1918 die Südtiroler zu einer Minderheit gemacht wurden, auch in diesem Raume Europas aus einem Unruheherd ein Bindeglied zu schaffen, einen Baustein für das allgemein gewünschte vereinte Europa. Weibere Grußworte sprachen der Bezirkshauptmann Dr. Doblauer und Bürgermeister Dr. Huber von Lienz, der betonte, daß Lienz durch die Zerreißung Tirols besonders betroffen wurde und in doppeltem Sinn in der Lage einer Minderheit sei, nämlich durch seine abgetrennte Lage gegenüber Nordtirol und als Rest von Südtirol. Vizepräsident Laurent sagte in seiner Grußrede, in der Welt würden große Völker mehr beachtet als das Schicksal kleiner Volksgruppen, die durch Ereignisse einem schweren Los unterworfen wurden. Aber auch ihr Schicksal ist nicht unerheblich. Für uns ist es das große Anliegen und wir wissen, wie entscheidend es ist. Die Welt von morgen darf nicht eine Art Gleichschaltung oder Uniformierung mit sich bringen, denn dies wäre ein Verlust. Im kommenden Europa muß jede Volksgruppe ihren Platz haben. Es muß ein Europa der Völker werden, in dem die alten traditionellen Freiheiten und Rechte jedem gesichert sind.

Anschließend hielt der Abgeordnete zur italienischen Kammer Dr. Karl Mitterdorfer (Bozen) sein Referat über die gegenwärtige politische Lage in Südtirol. Eine konzentrierte Fassung seines Referates wird in diesem Heft an anderer Stelle gebracht (Seite 146 ff.). In der auf das Referat folgenden Aussprache gab Dr. Gustavo Buratti (Biella, Chiavazza) unter Hinweis auf Artikel 6 der italienischen Verfassung einen Überblick der Lage der anderen sprachlichen Minderheiten in Italien. Er forderte, Südtirol sollte sich zum Sprecher aller dieser Gruppen machen, das würde sein Gewicht verstärken. Er verlas auch die negative Antwort des Ministers Pastore auf das Promemoria einer von Walsern bewohnten piemontesischen Gemeinde. Darin wurde angeführt, daß die Gewährung einer zweiten Sprache bisher ausschließlich Regionen mit Sonderstatus vorbehalten blieb, bei welchen nach dem Krieg eine Gefahr für die Einheit und Integrität des Staates bestand. Es seien jedoch beim Unterrichtsministerium Initiativen, wo in Grenzbezirken aus Handels- und Wirtschaftsgründen eine zweite Sprache gewünscht werde. In der Debatte wurde betont, daß der Artikel 6 der Verfassung in der allgemeinen Auffassung Italiens nicht wirksam sei.

Generalsekretär der FUEV Povl Skadegard erstattete den Geschäftsbericht. Eingangs gebracht er des am 11. Jänner 1968 in Aachen im Alter von 82 Jahren verstorbenen, bis 1959

amtierenden Präsidenten Hans Joseph Graf *Matuschka* und des am 19. Juli 1968 in Innsbruck verstorbenen Staatssekretärs Univ.-Prof. Dr. Franz *Gschmitzer*. Auf einzelne Fragen eingehend hob er hervor, daß in der FUEV heute Vertreter von fast 90 Millionen Europäern mitarbeiten. Nochmals wies er auf die Stellungnahme des Abgeordneten im Europarat Dr. Toni *Ebner* (Bozen) hin, der in Straßburg in der Jännerdebatte 1968 auf die europäische Bedeutung der Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechtes der FUEV aufmerksam gemacht hat. Im September 1967 konnte der Generalsekretär, anlässlich seiner Teilnahme an einer wissenschaftlichen Flüchtlingsstagung in der Türkei, die Einstellung der Türken zu Minderheitenfragen studieren. Bereits in seiner Sitzung in Aachen am 6. Mai 1968 befaßte sich der Zentralausschuß der FUEV mit der Entwicklung in der Tschechoslowakei und richtete an den tschechoslowakischen Außenminister Jiří *Hájek* ein Schreiben, in dem auf die jüngste Entwicklung hingewiesen und dem Wunsch Ausdruck gegeben wird, „daß die neue Regierung bereit sei, allen ethnischen Minderheiten des Landes, einschließlich der deutschen, das Recht zu verleihen, ihr Volkstum auf dem Gebiet der Sprache, des Schulwesens, der Kultur und der alten Traditionen aufrechtzuerhalten und zu entwickeln“. Auch angesichts der Entwicklung in Belgien wandte sich der Zentralausschuß in einem Schreiben an den belgischen König: „Im Augenblick, wo Belgien um eine Regierungsbildung bemüht ist, für die eine der wesentlichsten Aufgaben die Herbeiführung einer Lösung der Probleme der Volks- und Sprachgemeinschaften ist, trägt die FUEV den Wunsch vor, daß diese Lösung nicht nur die niederländischen und französischen Gemeinschaften befriedigt, sondern auch die deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund gleicher Prinzipien behandelt.“ Im August 1968 nahmen mehrere Mitglieder der FUEV an der Lappenkonferenz in Enonkietö in Finnland teil. Fortgesetzt wurden in Bonn die Beratungen der Arbeitsgruppe Volksgruppenrecht unter Vorsitz von Prof. Dr. Theodor *Veiter*. Der Generalsekretär hielt ein Referat beim Seminar der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs in Neumarkt in der Steiermark. Vizepräsident *Laurent* nahm Führung mit dem Mouvement Fédéraliste Européen in Paris. Schriftlich besteht Verbindung mit der Association Internationale pour la Défense des Langues et Cultures menacées. Programmgemäß schreiben die Arbeiten am „Handbuch der Europäischen Volksgruppen“ fort, dessen Redaktion in der Hand von Prof. Dr. Manfred *Straka* liegt. Als vordringlich bezeichnete der Generalsekretär ein eingehenderes Studium des föderalistischen Gedankens, dessen Bedeutung für die Volksgruppen besonders Univ.-Prof. *Héraud* in seinem Werk „L'Europe des Ethnies“ dargestellt hat. Schließlich erläuterte Generalsekretär *Skadegård* die verschiedenen Bemühungen zur Interessierung weiterer Kreise an der FUEV und ihrer Arbeit und das Echo verschiedener Beschlüsse. Abschließend betont er, daß die Aktivierung der gemeinsamen Arbeit der Volksgruppen dringlicher denn je sei.

Über die Jugendarbeit der FUEC referierte Armin *Nickelsen* (Tingleff). Er konnte eine Reihe von Kontakten und Kontaktbemühungen vorweisen. Ein größeres Jugendtreffen der FUEV wird für Ostern 1969 in Nordschleswig in Dänemark vorbereitet.

Dem Kongreß lagen vier Ansuchen um Aufnahme als assoziierte Mitglieder in die FUEV vor. Einstimmig beschlossen wurde die Aufnahme des Movimento Ladini delle Dolomiti (Italien), ebenso des Centro Callego (Vertretung der Galicier in Spanien), mit 27 gegen 12 Stimmen der Associazione Federalista della Comunità Sarda „Sardegna Libera“, mit 36 gegen 3 Stimmen des Bundesverbandes der Deutschen aus Jugoslawien (in Vertretung der deutschen Restminderheit in Jugoslawien).

Die Aussprache war sehr lebhaft und offenbarte eine rege Anteilnahme, dabei kam es auch zur Abgabe kurzer Berichte über die Lage einiger Volksgruppen. Dr. Josef *Domabyl* erstattete Bericht über die jüngste Entwicklung in der Tschechoslowakei und ihre Aspekte für die Nationalitätenfrage und den Föderalismus. Ramazan *Spate* kennzeichnete die Lage der Amsfeld-Albaner oder Kossovaren in Jugoslawien. J. *Kergreene* schilderte die Situation der Bretonen in Frankreich. Guido *Jori* aus dem Fassatal im Trentino in Italien beklagte die Aufteilung der bis 1918 in Tirol gemeinsam existierenden Ladinern in den Dolomiten auf drei italienische Provinzen. Allein in Südtirol sind im Gröden- und Gaderal die rund 12.000 Ladinern mit Schul- und Sprachrecht ausgestattet. Der Schutz der über 6000 Ladinern im Fassatal in der Provinz Trient durch Artikel 2 und 87 des Regionalstatuts steht nur auf dem Papier. Die 7000 Ladinern in der Provinz Belluno haben überhaupt keine Rechte. Die Ladinern wüßten Vereinigung in der Provinz Bozen und Bildung eines eigenen ladinischen Wahlkreises. Prof. Dr. Theodor *Veiter* unterstrich die Notwendigkeit enger Kontakte zwischen den einzelnen Minderheiten überhaupt und besonders aller in einem Staat lebenden Minderheiten. Dazu brachte er eine Reihe von Beispielen. Dazu nahmen weiter Dr. Gustavo *Burrati*, der Regionalratsabgeordnete Dr. Enrico *Pruner*, Prof. Dr. J. *Inzko*, Senator Dr. *Volgger* und Pierre *Laurent* Stellung.

Nach Bearbeitung durch den zuständigen Ausschuß gelangten eine Reihe von Beschlüssen zur Diskussion und zur Abstimmung. Die angenommenen Entschlüsse wer-

den am Schluß des Berichtes abgedruckt. Das zweite Referat auf der Tagung hielt der Siebbürger Gyula *Zathureczky* über „Die nationalen Minderheiten in Osteuropa“. Das Referat ist in seinem wesentlichen Teil an anderer Stelle des Heftes wiedergegeben (Seite 148).

Im Rahmen des Kongresses gab der Bürgermeister von Lienz, Dr. *Huber*, einen Empfang und es fand ein folkloristischer Abend statt, an dem ladinische Gruppen aus Wengen und Südtirol aus Gries und Taisten mitwirkten. Samstag führte die Teilnehmer eine Fahrt durch das Pustertal nach Brixen, wo Landeshauptmann Dr. Silvius *Magnago* und Bürgermeister Dr. Valerius *Dejaco* einen Empfang gaben, und durch die ladinischen Dolomitengebiete zurück nach Lienz.

Die Jahrestagung 1969 ist in Paris vorgesehen.

Resolution no I — adopted unanimously by 3 abstentions

The 18th Congress of the Federal Union of European Nationalities (FUEN), at Lienz/East Tyrol on 15th september 1968,

Welcomes the efforts of the Austrian Federal Government to solve the problems raised by the provisions concerning national minorities laid down in art. 7 of the State Treaty in collaboration with representatives of the Carinthian Slovenes.

Establishing again that the Carinthian Slovenes refuse the official registration as basis of measures protecting minorities in South Carinthia the FUEN requests to the Austrian Federal Government to reconsider this situation, and to resume conversations with representatives of the Carinthian Slovenes in order to arrive, as soon as possible, at a solution of questions still open in the fields of the school system, language in administration, bilingual notices, and of promotion of cultural and economic establishments.

The FUEN which has for years worked decidedly for a just solution of the South Tyrol problem, is convinced that a liberal solution of minority questions in Austria would also contribute to the efforts of everybody adently interested in a satisfactory settlement of the South Tyrol problem.

Resolution no II — unanimously adopted

The 18th Congress of the Federal Union of European Nationalities (FUEN), at Lienz/East Tyrol 15th september 1968,

Has noted with satisfaction that the Government appointed after the recent general elections to the Italian Parliament will continue the negotiations aiming at a solution of the South Tyrol question which have been running on request of the General Assembly of the United Nations, and lead them to an issue.

The FUEN, representative of all European nationalities, expresses the firm hope that the dispute between Austria and Italy on the carrying out of the Paris Treaty will finally come to an end. This the more because the said Treaty was felt by politicians from East and West to be the only bright side in questions of territorial problems after the end of the awful second World War.

The FUEN is of the opinion that it be time to put an end to this dispute, in the interest of the economic and political unification of Europe, a dispute having poisoned relations between free European States.

Resolution no IV — unanimously adopted

The 18th Congress of the Federal Union of European Nationalities (FUEN), at Lienz/East Tyrol on 15th september 1968,

Has noted with great pleasure the successes won at recent elections to the British Parliament by national movements in Wales and Scotland.

These successes prove that the tenacious and continued fight for the rights of nationalities, for their characteristics and languages is not in vain or without hope.

The future of Europe can only be constructed by means of a free and equal collaboration of big and small peoples living in Europe.

Resolution no V — unanimously adopted by 2 abstentions

The 18th Congress of the Federal Union of European Nationalities (FUEN) at Lienz/East Tyrol on 15th september 1968,

Having heard the report of the Secretary-general on the 6th conference of the Sames (Lapps) in Finland,

Concerned about the economic problems of the Samish nationality in North Scandinavia, Ready to support them in any way, Recommends to the "Nordic Council of the Sames" to associate with the FUEN.

Resolution no VI — unanimously adopted

The 18th Congress of the Federal Union of European Nationalities (FUEN), at Lienz/ East Tyrol on 15 th september 1968,

Notes the aggravation of the political situation in Catalonia and Euzkadi, Regrets the pressure exercised since 30 years by the Government at Madrid against the populations of these countries,

Brings in memory that the abolished autonomy in Catalonia and Euzkadi was established by free decisions of the peoples, and that its abolition can only be maintained by administrative and police force,

Ascertains that this since a generation imposed situation engenders impetuous reactions in Euzkadi, and dangerous tensions in Catalonia,

Underlines the contrast between the liberality of the Madrid Government in the case of Africans in Guinea whom they granted independence, and its intolerance in the case of European peoples. This discrimination must be considered inadmissible,

Declares that a just solution of national problems in Catalonia, Euzkadi and Galicia can only be established by application of the Human Rights of the United Nations, so far rejected by the Spanish Government, that is a. o. non-discrimination, equal rights and self-disposition,

Requests to the Secretary-general of the FUEN to inform the Council of Europe, the European Council for cultural Cooperation, the UNO, the UNESCO, and the Holy See as well as the Press of the present resolution.

Schreiben des Italienischen Außenministers an den Generalsekretär der FUEV

Le ministre des affaires étrangères italien, le sénateur A. Medici, a répondu à la résolution concernant la question du Tyrol du Sud, qui a été adoptée au 18e congrès de l'UFUCE à Lienz, le 15 septembre 1968, au secrétaire général Povl Skadegård:

Monsieur le secrétaire général,
je vous remercie pour avoir eu l'amabilité de m'envoyer, par votre lettre du 13 novembre dernier, le texte de la résolution concernant le Haut-Adige, adoptée par le XVIIIe congrès de l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes.

Je partage entièrement le voeu exprimé par l'Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes dans la dite résolution pour une solution aussi rapide que possible du différend entre l'Italie et l'Autriche ayant trait à l'application de l'accord signé à Paris le 5 septembre 1946.

A ce sujet je désire vous souligner que depuis le début de cette controverse, du côté italien on a fait tout son possible pour contribuer à l'atteinte d'une solution en même temps inspirée des idéaux européens et correspondant aux intérêts de toutes les populations du Haut-Adige.

Si le différend est encore ouvert, la responsabilité ne peut pas être attribuée au seul gouvernement italien. Cela dépend aussi du gouvernement autrichien et je suis certain que, avec sa collaboration, une solution dans un véritable esprit européen pourrait être trouvée sans difficulté.

Je vous prie, Monsieur le secrétaire général, d'agréer l'expression de mes sentiments les meilleurs.

Rome, le 22 novembre 1968

A. Medici

The editor cannot be held responsible for the correctness of the wording of individual articles, for which their authors have to assume full and sole responsibility.

(The Editorship)

L'éditeur ne peut être rendu responsable de la correction de la langue ni de la teneur des articles, dont les auteurs portent seuls l'entière responsabilité.

(La rédaction)

EUROPA ETHNICA

Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen

25. Jahrgang 1968

Abhandlungen

	Seite
Economopoulos, Cléomenis P.: Les Musulmans de Grèce — Les Grecs de Turquie	50
Gadolin, Axel von: Die schwedische Volksgruppe in Finnland	2
Hilekman, Anton: Die Aromunen. Ein romanisches Volk im Herzen des Balkans	98
Mitterdorfer, Karl: Die Lage in Südtirol heute	146
Veiter, Theodor: Ein Standardwerk zum Minderheitenrecht (Alessandro Pizzorusso, Le minoranze nel diritto pubblico interno)	12
Zathurecky, Gyula: Les minorités nationales en Europe orientale	148

Vom Leben der Volksgruppen

Belgien/Belgique	19
La Belgique et ses deux peuples principaux	19
Démonstration à Anvers	19
Nouvelles prescriptions linguistiques pour les cartes d'identité en Belgique	57
Die deutsche Sprache in Belgien	58
Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft Ostbelgien	58
Crise gouvernementale et nouvelles élections	115
Fortschritte der Nationalparteien in Belgien	115
Regierung Eyskens und Sprachprobleme	159
Umbau der Staatsstruktur	159
Universität Löwen wird geteilt	159
Maßnahmen in der Diözese Lüttich	159
Strasbourg Urteil zu den Sprachengesetzen	160
Bulgarien	59
Nationalität in Bulgarien	59
Auswanderungsabkommen für Türken	116
Bundesrepublik Deutschland	19
SSW bei Landtagswahl behauptet	20
Minderheitenausschuß tagte in Bonn	20
Die dänische Schule in Südschleswig	20
Dänische Sporthalle in Flensburg	59
Beim Bund der Polen in Bochum	60
"Forining for nationale Fräse"	60
Zuschüsse zu dänisch-friesischen Einrichtungen	60
Dänemark unterstützt Volksgruppe	116
Kontaktgespräch SSW—CDU	116
Die dänischen Kindergärten	116
Das dänische Vereinswesen für Jugend	117
Dänische Wirtschaftsorganisationen	117
80.000 stehen dem Dänischen nahe	117
Jahrestreffen 1968 der Minderheit	117
Staatshilfe für Minderheit	118
Vor Zeitungsjubiläum in Flensburg	118
Generalversammlung der SSF	118
Landesversammlung der SSW	118
Dilettierender DOD	160
Dänemark	20
Kontaktausschuß tagte in Kopenhagen	20
Deutsche Hauptbücherei in Apenrade	20
Das Schulwesen in Nordschleswig	20

	Seite
Entschließung zum Wahlgesetz	21
Deutscher Tag 1967	21
Deutsche Volksgruppe nimmt an Wahl teil	21
Sleswigske Parti und Folketingswahl	60
Universitätsgesellschaft betreut Nordschleswig	61
Direktorwechsel in Sankelmark	61
Dritter Kontaktausschuß gebildet	118
Deutscher Presseverein	119
Wieder Deutsch-Nordische Burse in Kiel	119
Aufschwung des Büchereiwesens	119
Deutscher Schul- und Sprachverein	119
Neuer Vorsitzender der Nordschleswigschen Gemeinde	119
Knivsbergfest 1968	120
25. Deutscher Kindergarten	120
Bund deutscher Nordschleswiger	120
Finnland	
Swedish Success in Language-Policy	61
Frankreich	
«Le réveil ethnique des provinces de France»	21
Verurteilung von zwei Bretonen wegen antifranzösischer Gesinnung	22
Kanada-Bretonen gegen französische Bretonen-Politik	22
Entbretonisierung von Straßennamen in der Bretagne	22
„An der Zeit, die Sprachenfrage zu entpolitisieren“	22
Deutschunterricht in der Kleinkinderschule	23
70 Jahre Elsässisches Theater in Straßburg	23
Elsaß 1967	23
Deutschunterricht in der Volksschule	62
Die Zukunft der Jugend	62
Karneval in Straßburg	62
Für eine dreidimensionale Kultur im Elsaß	120
Zweisprachigkeit in der Grenzecke	121
Um die Muttersprache in der Kirche	121
Um die Anerkennung der deutschen Sprache im Elsaß	121
Manifestationen der Francophonie	161
Die einheitliche Fassung des „Vaterunsers“	162
Kelten der Bretagne regen sich	162
Ecrivains bretons	163
Griechenland	
Le problème turco-grec des minorités	165
Großbritannien	
Eine neue schottisch-nationale Zeitschrift	23
Zunahme der Manx Language Society	23
Nach Walern auch Schotten im Unterhaus	24
House of Lords Decides Against Extension of Self-Government in Wales	63
Law Restricting Immigration	123
Gesetzesvorlage zur Rassenfrage	123
Gewinne der schottischen Nationalpartei	123
Erfolge von Plaid Cymru in Wales	123
Bilingualism Today	123
Autonomiebestrebungen in Schottland	166
Italien	
House of Culture "Walther von der Vogelweide"	24
The Solution of the South Tyrol Problem	24
V. Di Culturel in St. Ulrich	25
Unión di Ladins tagt im Gadertal	25
Triestiner Slowenen in Rom	25
New Secondary School in Gröden	68
South Tyrol Delegation Meets President Struye	64
Party-Committee of the SVP	64
Croatian Periodical in Italy	64

	Seite
Generalversammlung des Katholischen Slowenischen Kulturverbandes für Görz	64
„Trinkov koledar“ 1968	64
4 Milliarden Lire für italienische Wohnsiedlungen in Triest und Görz	65
Zum Selbstverständnis der Südtiroler	125
Staatlicher Eingriff ins Kindergartenwesen	125
Wahlerfolg der Südtiroler Volkspartei	126
Kindergarten in St. Walburg in Ulten	126
Hohe Schülerzahlen in Südtirol	126
Die Regionalwahlen im Aostatal	126
Erfolg des Movimento Friuli	127
Sprachliche Minderheiten im Trentino	127
Seminar für slowenische Lehrer	128
Tagung der Lega Fiumana	128
Die italienische Flüchtlingsvolksgruppe im neuen italienischen Parlament	128
Namensänderung des katholischen Slowenenverbandes in Italien	128
Das Triester Slowenische Theater im Natisone-Gebiet	129
Die Slowenen bei den Regionalwahlen in Italien	129
Die französische Sprache im Aostatal	167
Journalistenkongreß in Aosta	167
Walser-Tagung in Cressoney	167
Jugoslawien	
Schwierige Lage der italienischen Minderheit in Rovigno	25
Zusammenarbeit mit Volkshochschule Triest	26
Mazedonien zwischen Jugoslawien und Bulgarien	65
Die Zahl der Slowenen	66
Slowenen im Grenzausland	66
Die Vernichtung der Gottscheer Minderheitenschule	67
Delegiertenversammlung der italienischen Volksgruppe in Jugoslawien	130
Lehrerausbildung in Koper/Capodistria	130
Bildungsseminar für Kärntner Lehrer	130
Mehrsprachige Schulen in Bor	130
Laibach und die Kärntner Slowenen	130
Gesetz über Zweisprachigkeit	131
Auslandsslowenen im Fernsehen	131
Entwicklung der ungarischen Minderheit	131
Das slowenische Verlagswesen	132
Verfassungsrechtliche Entscheidung zum Sprachenrecht in Jugoslawien	132
Minderheitenschulfragen in Rovigno/Rovinj	132
Mitteldeutschland	
II. Festival Serbske Kulture	133
Niederlande	
10. Friesenkongreß in Ljouwert/Leeuwarden	26
25. „Woche des Friesischen Buches“	26
Österreich	
20 Jahre Wochenschrift „Neuland“	27
Seminar des Kärntner Studentenverbandes	27
Hermargorasbruderschaft	67
Abg. Robak zum Kroatisch-Unterricht	68
Programm des Volksrates der Kärntner Slowenen	68
Dr. Pavle Zablatnik Direktor des Slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt	69
60 Jahre Slowenischer Kulturverband für Kärnten	69
Bilden die Magyaren in Burgenland eine nationale Minderheit?	70
Die Minderheitenschriften im Burgenland	133
Landwirtschaftsschule ohne Öffentlichkeitsrecht	133
Teilnahme am Slowenisch-Unterricht	133
60-Jahr-Feier der Slovenska Narodna Sola in St. Jakob	133
Podiumsgespräch an der Universität Wien	134
45 Jahre Klub slowenischer Studenten in Wien	134
Unruhe unter slowenischen Studenten	134
Diskussion über das Volksrats-Programm	134
Internationales Minderheiten-Seminar in Neumarkt	134

	Seite
Burgenland-Kroaten wünschen Schulkommission	168
Dr. Vospernik löst Dr. Inzko ab	168
Polen	71
Jewish Fate	71
Rumänien	71
Neuregelung der Verwaltungsgebiete in Rumänien	71
Schweiz	27
Die Tätigkeit der „Kommission der 24“	28
Für eine Autonomie des Nordjura	71
Rätoromane Rektor der Universität Zürich	71
Fernsehen im Deutschwallis	72
Die Sprachenfrage im Kanton Freiburg	72
Die Schulen in Biel/Bienne	73
Francophonie soll gefördert werden	73
Minderheitenstatut für Berner Jura?	73
Erklärung des Rassemblement Jurassien	73
Arbeitsabschluß der „Kommission der 24“	73
Lia Rumantscha	135
Pro Crigioni Italiano	135
Tessiner Kulturprobleme	135
Deutschfreiburgs Stellung im Kanton	136
Tagung der Jurassischen Deputation	136
4. Fest der jurassischen Jugend	136
Statthalteramt in Delémont/Delsberg besetzt	168
Deutsch und Welsch im Wallis	169
Die Täufer im Berner Jura	169
Neues zur jurassischen Frage	171
Förderung des Rätoromanischen	171
Das Rätoromanische im Schweizer Rundfunk	171
Sowjetunion	74
Von den Deutschen in der Sowjetunion	74
The Jewish Problem in the Soviet Union	137
Um die Rehabilitierung deportierter Völker	138
Die Deutschen in der UdSSR	172
The Livian Language	172
Spanien	172
Die Galicier in Spanien	173
Actions contre les Basques	175
Kataloniens Suche nach Eigenständigkeit	175
Tschechoslowakei	28
Die Selbsthaftmachung der Zigeuner	74
Stimme für Rechte der Deutschen	75
Die Zigeunerfrage	75
The position of the Hungarian Minority in Slovakia	75
Volksgruppen- und Minderheitenfragen in der CSSR	139
„Grünes Licht“ in Prag	140
Abg. Panster an die Nationale Front	141
Vor Gründung der deutschen Kulturorganisation	141
Interpellation des Abg. Panster	176
Gesetze über Föderalisierung und Nationalitäten	178
Die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei	178
Türkei	29
Measures Against Greek Orthodox Church	29
Ungarn	29
10 Jahre „Neue Zeitung“	29
Muttersprachenunterricht im Komitat Tolna	29
Vom serbokroatischen Gymnasium in Budapest	76
Volksfront und Nationalitäten im Bezirk Dorog	76
Pläne des Deutschen Verbandes 1963	76
Schwabenbälle in Ungarn	76

	Seite
110 Kinder lernen Deutsch	77
Ausschlußberatungen des Verbandes der deutschen Werktätigen	77
Volksfront und Nationalitäten im Komitat Pest	142
Arbeit an deutschem Sprachatlas	142
Kulturrundfahrten und Treffen	143
Lehren und Lernen	143
Von den deutschen Schulen	143
Es fehlt an Lehrern	180
Zypern	181
Nouveau contact entre les communautés de l'île	181

Personalien

Dr. Franz Kußbach — 70 Jahre	17
Evgenija Frim gestorben	18
Generalrat Joseph Klock 1908—1967	18
Ehrenpräsident der FUEV Hans Joseph Graf Matuschka gestorben	57
Samuel Münchow 75 Jahre	114
Akademische Ehrung für Prof. Dr. Franz Hieronymus Riedl	114
Bezirksschulinspektor Konrad Mersich — Regierungsrat	114
Abbé Jean-Marie Gantois †	157
Die Schinerfeier in Ermen	157
Johann Wilhelm Mamhardt 85 Jahre	158
Niels Bøgh Andersen 60 Jahre	158
Zwei elsässische Priester	158

Materialien

Memorandum to U.N.E.S.C.O. on the Persecution of Catalan Language and Culture	30
Les résolutions du congrès de l'ethnie française à Aoste	37
Südtirolfrage vor dem Europarat	77
L'Alsace, encore une fois, plébiscite «l'Europe des Patries»	143
Verfassungsgesetz über die Stellung der Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik	182
Résolution votée à l'occasion de la 9e landesgemeinde walser	183

Literaturberichte

Allemann, Fritz René, Die Elsässer	185
„Aus Politik und Zeitgeschichte“	45
„Balkanica“	89
Berchtold, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868—1966	83
Berger, Peter, Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867	80
„Bohemia“	46
Brugmans, Henri, Duclos, Pierre, Le Fédéralisme Contemporain	187
„Bulletin européen“	95
Burger, Norbert, Südtirol wohin?	89
Burneleit, Heinz, Ich hab mich ergeben	188
Caerleon, Ronan, Complots pour une république bretonne	184
Chabod, Federico, Storia di nazione	187
Chabod, Federico, L'idea d'Europa	89
Christ, Hans, Die Rolle der Nationen in Europa	46
Conolly, James, Socialism and Nationalism	38
Der Donauraum — gestern, heute, morgen	86
Der Sprachspiegel	42
„Der Wegweiser“	184
Die Gemeinde Tirol in der Sozialistischen Republik Rumänien	40
Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon	38
L'Est Européen	41
L'Est Européen Staatslexikon	47
Ewing, Blair G., Peace through Negotiation	47
Gatterer, Claus, Unter seinem Galgen stand Österreich	47

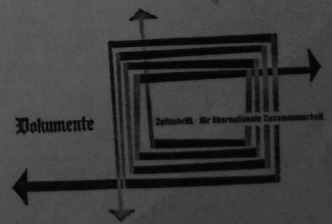
	Seite
Gauss-Weidenheim, Die Donauschwaben	186
Gedenkband für Heinrich Felix Schmid	94
Gielen, Viktor, Geschichtliche Plaudereien über das Eupener Land	45
Grundmann, Günther, Kunstwanderungen in Schlesien	43
Grundmann, Günther, Das Riesengebirge in der Malerei der Romantik	43
Handbuch der Südtiroler Ortsnamen	184
Healy, James N., Old Irish Street Ballads	186
Héraud, Guy, Peuples et langues d'Europe	84
Histoire et procès du Front de Libération Jurassien	91
Humanitas Ethnica	38
„Jadranski Koledar 1967“	45
Jahrbuch Eupen-Malmedy-St. Vith für Geschichte, Wirtschaft und Kultur, Band I	43
Keil, Theo, Die deutsche Schule in den Sudetenländern	83
Kloss, Heinz, Formen der Schulverwaltung in der Schweiz	95
Kloss, Heinz, Problèmes linguistiques des Indes et de leur minorités	43
Lafont, Robert, La révolution régionaliste	144
Lafont, Robert, Sur la France	183
„Le Flambeau“	84
Magris, Claudio, Der Habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur	90
Meissner, Boris, Sowjetgesellschaft im Wandel	44
Neues Evangelisches Soziallexikon	40
«Notre Flandre», „Zuid Vlaams Heem“	187
Oppler, Friedrich, Das falsche Tabu	44
Pabst, Dr. Klaus, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914 bis 1940	42
Phlipponneau, Michel, La Gauche et les Régions	185
„Populorum Progressio“	44
Possony, Stefan T., Wirtschaftshilfe oder Außenhandel mit dem Osten?	93
„Problems of Bilingualism“	89
Raftery, Joseph, The Celts	88
Rešo, Hemres, „Bakur/Nordwind“	84
Revue française de sociologie Tome VII	144
Richert, Fritz, Die nationale Welle	41
Rudy, Zvi, Soziologie des jüdischen Volkes	43
Saria, Balduin, Geschichte der südosddeutschen Volksgruppen	87
Sestan, Ernesto, Venezia Giulia	92
„Slowakei“, Zeitschrift des Matus-Cernak-Instituts	92
Spreitzer, Prof. Hans, Lehrpläne der Minderheiten-Volksschulen	85
Stadler, Karl R., The Birth of the Austrian Republic 1918—1921	44
Steinmetz, Selma, Österreichs Zigeuner im NS-Staat	41
Straka, Dr. Manfred, Grenzland-Schutzarbeit, eine Lebensnotwendigkeit Österreichs	82
Strasser, Wolfgang, Österreich und die Vereinten Nationen	92
Studien der Erwin-von-Steinbach-Stiftung	85
Todts, Hermann, „Hoop en wanhoop der Vlaamsgezinden“	91
Toscano, Mario, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige	93
Tschäni, Hans, Profil der Schweiz	188
Vogt, Hannah, Nationalismus gestern und heute	186
Whinney, Edward Mc, Federal Constitution-making for a multinational world	185
Widmoser, Eduard, Südtirol-Brevier von A bis Z	84
Zbornik 1967	187
Zbornik 1968	93
Zebot, Ciril A., Slovenija, Včeraj, danes in jutri	85
Zernatto, Guido, Vom Wesen der Nation	85

Mitteilungen der FUEV.

Le Comité Central à Aix-la-Chapelle (Aachen)	48
Le 18e Congrès à Lienz	48
Volksgruppenappelle an die Behörden in Prag und Brüssel	95
18th Congress of FUEV — 18e Congrès de l'UFCE — 18. Kongreß der FUEV	96
18. Kongreß der FUEV in Lienz, 11. bis 15. September 1968	189
Resolutions I—VI	190
Schreiben des italienischen Außenministers an den Generalsekretär der FUEV	192

So urteilt der Chefredakteur einer großen Amsterdamer Wochenzeitung, und ähnlich urteilen viele Politiker, Wirtschaftler, Publizisten, Pädagogen, Theologen, Männer und Frauen in verantwortlichen Positionen — die Leser der DOKUMENTE.

„Eine der besten Zeitschriften des neuen Europa“



24. Jahrgang · Einzelheft DM 3,-, 6S 22,30 · Zu beziehen im Buchhandel oder Auslieferung Herold Verlag, Wien VIII, Bandgasse · Ein Probeheft erhalten Sie auf Anforderung.

S O E B E N E R S C H I E N E N

ETHNOS, Band 6

Schriftenreihe der Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen, D-355 Marburg/Lahn

Albert Verdoodt:

Zweisprachige Nachbarn

Die deutschen Hochsprach- und Mundartgruppen
in Ost-Belgien, dem Elsaß, Ost-Lothringen und Luxemburg

192 Seiten

Kartoniert

öS 152.—, DM 24.—, sfr 26.—, \$ 2.40

Über das Schicksal, das der deutschen Sprache seit 1945 in Ostfrankreich, Luxemburg und Ostbelgien widerfuhr, hörte die europäische Öffentlichkeit wenig. Jetzt hat ein flämischer Gelehrter den Schleier gelüftet. Er hat diese Landschaften bereist und eine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen. Aus dieser Studie können auch die Bewohner der von Verdoodt dargestellten Gebiete noch manches für sie Interessante erfahren.

In allen Buchhandlungen erhältlich!

Über den Verfasser: Verdoodt (geb. 1925) ist Soziologe und Politologe und als solcher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Löwen, wo er sowohl an der niederländischen wie an der französischen Abteilung tätig ist. Als Wissenschaftler ausgewiesen hat er sich vor allem durch sein Buch „Naisance et signification de la Déclaration universelle des Droits de l'Homme“ (1964), zu dem R. Cassin, der Vizepräsident des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte, das Geleitwort schrieb und das noch im Erscheinungsjahr von der Académie des sciences morales et politiques des „Institut de France“ preisgekrönt wurde und dem Verfasser u. a. ein anerkennendes Schreiben des Papstes Paul VI. eintrug. Verdoodt wirkte für einige Monate an der Staatsuniversität der afrikanischen Republik Burundi; daneben erhielt er einen Ruf an das Centre international de recherches sur le bilinguisme an der Laval-Universität in Quebec/Kanada.



WILHELM BRAUMÜLLER

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.

1092 WIEN — STUTTGART

Über das Buchmanuskript: Die Studie von Verdoodt ist mit leidenschaftsloser Unparteilichkeit geschrieben. Sie vermittelt dem Leser eine Unsumme von Einzel Tatsachen, die jedoch so übersichtlich gegliedert sind, daß sie ein klares Gesamtbild ergeben. Dabei kommt der Untersuchung — und ihren Lesern — zugute, daß Verdoodt als Flame vertraut ist mit den Problemen der Zweisprachigkeit und der Doppelkultur, und daß ihm überdies die neuesten Methoden der amerikanischen Sprachsoziologie geläufig sind; insbesondere weist er sich als Schüler des führenden amerikanischen Sprachsoziologen Prof. Joshua A. Fishman aus.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1090-Wien
P. b. b.